

Zu einer Gesamtschau über die zeitgeschichtlichen Fragen gehört unerlässlich eine Kenntnis der politischen und wissenschaftlichen Zusammenhänge sowie der geistigen Faktoren, die heute das Denken und Handeln unserer Zeitperiode bestimmen.

Die Lücke zwischen der weithin empfundenen Notwendigkeit, über die wichtigsten geistigen Strömungen und Meinungen des In- und Auslandes unterrichtet zu sein, und der Unmöglichkeit, die vorliegende in- und ausländische Publizistik in ihren entscheidenden Veröffentlichungen zeitlich und kostenmäßig zu bewältigen, will die in Zukunft dem „Parlament“ beigelegte Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ füllen.

Sie will ausführlich oder in abgekürzter Form über zeitgenössische Publizistik berichten, Vorträge und Aufsätze veröffentlichen und aus den großen außenpolitischen Zeitschriften der gesamten Welt diejenigen Artikel aufnehmen, von denen sie glaubt, daß sie für die Urteilsbildung des geistigen Menschen von entscheidender Bedeutung sind.

Die Verantwortung für den Inhalt der einzelnen Beiträge liegt weder bei der Bundeszentrale für Heimatdienst noch bei der Redaktion der Wochenzeitung „Das Parlament“, sondern ausschließlich bei dem jeweiligen Verfasser.

HAMILTON FISH ARMSTRONG

Die Große Allianz zögert

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages übernehmen wir aus der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Oktober 1953) den Aufsatz des Herausgebers dieser Zeitung Hamilton Fish Armstrong „THE GRAND ALLIANCE HESITATES“.

Stalin starb am 5. März 1953 — wenn wir den Tag der offiziellen Todeserklärung zu Grunde legen — und in den nachfolgenden Wochen machten seine Nachfolger eine Reihe von versöhnenden Gesten in Richtung des Westens. Alle westlichen Staatsmänner waren der Ansicht, daß dieses wahrscheinlich keinen Wechsel in den sowjetischen Zielen sondern nur die Anwendung einer neuen Strategie bedeute. Sie stellten fast einmütig folgende Diagnose: Moskau trachte danach, die westlichen Alliierten durch die Vorspiegelung zu entzweien, daß kommunistische Gewaltherrschaft, Imperialismus und Expansionstrieb gemäßigt würden und daß darum Kosten und Mühen einer gemeinsamen Verteidigung nicht mehr notwendig seien.

Aber innerhalb dreier Monate vergaßen die meisten westlichen Staatsmänner ihre eigenen Warnrufe. In allen westlichen Regierungen fanden sich nun Beamte, die handelten oder sich anschickten zu handeln, als ob die sowjetische Gefahr im Schwinden begriffen sei. Die öffentliche Meinung war natürlich überglücklich bei dem Gedanken, daß die Wolken sich verzögen und daß im neuen Lichte sowjetischer Vernünftigkeit Verteidigungsausgaben und -anstrengungen vermindert und die Steuern gesenkt werden könnten.

Führende Amerikaner mahnten immer noch zu behutsamem Vorgehen, aber während sie im Prinzip vor jeder Enttäuschung warnten, betrachteten viele von ihnen das veränderte russische Verhalten

als eine gegebene Tatsache. Sie entschuldigten die Steuersenkungen mit dem Hinweis darauf, daß sie das Kriegspotential nicht zu vermindern brauchten. Sie fanden einleuchtende Gründe, um die Termine für die europäische Wiederbewaffnung zu ändern, die man einst für lebenswichtig hielt. Sie entdeckten, daß die Umstellung von kostspieligen auf weniger kostspielige Waffentypen die militärische Kraft eigentlich stärken würde; sie waren sehr bereit, die Verzögerungen im Ausbau des Luftwarnsystems zu entschuldigen, sehr nachsichtig gegenüber der Tatsache, daß eine Luftabwehr kaum vorhanden war und wenig geneigt, Mittel zu bewilligen, um die Lage zu bessern. Sie kamen zu der Überzeugung, daß unser Auswärtiges Amt und unser Informationsdienst im Ausland für die „Friedenszeit“ zu ausgedehnt seien und daß die Ausgaben für die Ämter willkürlich beschnitten werden könnten. Sie setzten die militärische Hilfe fürs Ausland herab und sie verhinderten eine andere Verwendung der Gelder mit der Begründung Europa habe frühere amerikanische Hilfe als Ersatz für Steuern zur Ausbalanzierung des nationalen Haushaltsplanes benutzt. Sie ließen dabei die Tatsache außer acht, daß wir zur Stärkung der gemeinsamen Verteidigung auf erhöhte Ausgaben gedrängt hatten. Sie beschnitten das Programm der technischen Hilfe für unterentwickelte Länder, obgleich — nach Darstellung eines UN-Beamten — „das Land von Indonesien bis Lybien mit unbeeendeten Projekten übersät sein würde, jedes Projekt ein Wahrzeichen für die gebrochenen Versprechen des Westens“. Sie forderten Schutzzölle ohne zu berücksichtigen, wie unsere Alliierten ohne unsere und die sowjetisch kontrollierten Märkte Handel treiben sollen.

Manchmal waren ihre Vorschläge auf Überlegungen und manchmal auf Rationalisierungsmaßnahmen gegründet. Manchmal stammten sie von Männern, die in der Führung politischer und militärischer Geschäfte Erfahrung hatten, manchmal auch von Isolationisten, die glücklich waren, ihre fundamentalen Theorien auf alten Vorkriegsgleisen wieder in Gang zu bringen. Die Entschuldigung hierfür war, ausgesprochen oder unausgesprochen, immer die gleiche: Die „nachgiebige Verhaltensweise“ der Sowjets, wie man es nannte, mochte vielleicht nur Strategie sein, aber diese Strategie war den Nachfolgern Stalins durch angeborene Schwäche aufgedrängt worden. Die Nachricht, daß Beria, Chef der Geheimpolizei, einer Säuberung zum Opfer fiel, wurde als Bestätigung der Diagnose ausgelegt.

II.

Allgemein wird angenommen, daß mit dem Tod eines Diktators für seine Erben eine Periode tödlichen Zwistes anbricht. Bis zur Verhaftung von Beria gab es für solche Vorkommnisse in Moskau jedoch keine schlüssigen Beweise. Man hatte eher den Eindruck einer allgemeinen Erleichterung über das Hinscheiden des eifersüchtigen, alten Tyrannen, daß nunmehr der Alpdruck von Unsicherheit und Furcht endlich beseitigt war, der über jedem im Kreml hing. Das neue Regime verhielt sich nicht, als ob es von inneren Kämpfen geschüttelt würde. Allen Voraussagen zum Trotz funktionierte es und machte nicht nur Politik sondern änderte sichtlich die politischen Grundsätze des Mannes, der gestern noch als unfehlbar galt. Selbst sein Name verschwand aus den Ansprachen und Auf-

sätzen seiner Schüler. Dem Verschwinden des Namens wurde durch mehrfache Bestimmungen gegen jeglichen „Persönlichkeitskult“ oder „Talmudismus“ Nachdruck verliehen, womit man das wörtliche Kleben an den Aussprüchen des Meisters bezeichnete, anstatt sie entsprechend den Zeitumständen zu interpretieren. Lenins Name tauchte wieder auf, wahrscheinlich aber nur als ein weiterer Mahner, daß selbst Götter dem Wechsel unterworfen sind, wie die „New York Times“ bemerkte. Obgleich die Folgen der neuen sowjetischen Politik auf der ganzen Erde zu spüren waren – von der Kehrtwendung in den koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen bis zum Ersatz eines ungarischen Satrapen durch einen anderen mit einem entgegengesetzten Programm – so waren sie doch kein Spiel des Zufalls sondern folgten einem Schema. Selbst wenn die neuen Regenten im Kreml gern einander an die Kehle gegangen wären, so schienen sie doch die Notwendigkeit einer verhaltenen und geschmeidigen Politik eingesehen zu haben, um den durch Stalins unnachgiebigen Größenwahn überall verursachten Antagonismus zu dämpfen.

Weder gab es den geringsten Aufruhr noch bedeutete die Verhaftung eines Mitgliedes des obersten Triumvirates als Verriäter, daß das neue Regime so schwach ist, daß ihm keine andere Wahl bleibt als in die Verteidigung zu gehen. 20 Jahre lang wurden mächtige politische, geistige und militärische Führer reihenweise in das Lubjankagefängnis geworfen und erschossen, wenn sich ihre Rivalen dazu stark genug fühlten oder wenn Zeitumstände Sündenböcke oder abschreckende Beispiele nützlich erscheinen ließen. Der sowjetische Staat ging seinen Weg auch ohne Trotzky, neben dessen Namen einst der von Stalin unbedeutend gewesen war, und ohne Bucharin, Lenins bevorzugter Theoretiker, und ohne viele, viele andere ebenso hervorragende Persönlichkeiten; und die Rote Armee ging ihren Weg ohne Marschall Tukhachevsky. Natürlich sollen wir nicht aus allen Anzeichen kommendes Unheil für uns herauslesen oder glauben, daß Stalins Nachfolger den Weg mit seinem unerschütterlichen Selbstvertrauen fortsetzen werden, noch sollte das übliche ermüdende kommunistische Beharren auf der Unzerstörbarkeit alles Kommunistischen unser Urteil zu sehr in der anderen Richtung beeinflussen. Wir dürfen nicht aus dem Chor der Selbst-Ermutigungen auf die Schwäche der Führer schließen. Wir dürfen nicht glauben, daß Malenkow, Molotow (wenn man schon wagt, schwarz auf weiß Namen hinzuschreiben, die in jedem Augenblick auf die lange Liste der „Nicht-mehr-Lebenden“ gehören könnten) und ihre Kollegen – wen auch immer der Zufall von Zeit auswählte oder wem gerade die Geschicklichkeit gegeben wurde, tödlichen Spritzen zu entgehen – etwas anderes betreiben als den Kalten Krieg. Daß Lenin wieder zitiert wird, ist für uns kein Grund zur Zufriedenheit. Denn es war Lenin, der die neue Wirtschaftspolitik anordnete, eine Abkehr zwar von den Auswüchsen, aber im Grunde doch nur die Vorbereitung für einen neuen und unbarmherzigen Vorstoß. Lenin war es, der kategorisch erklärte: „... das Bestehen des Sowjetstaates Seite an Seite mit den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird der eine oder an-

dere siegen. Und bis zu diesem Ende ist eine Reihe schrecklicher Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich“. Alle Symptome, denen wir heute gegenüberstehen, sind Teile des Kalten Krieges. Sie scheinen auf die Gewinnung von Zeit abzu zielen durch die Verwendung von Taktiken, die man in anderen Entwicklungspausen des sowjetischen Imperialismus angewandt hat. Stalins Nachfolger aber versuchen, die auf diese Weise gewonnene Zeit positiv zu verwerten – sie warten nicht einfach auf eine günstigere allgemeine Situation, um den Gang der Ereignisse zu beschleunigen, sondern arbeiten aktiv daran, eine solche Situation herbeizuführen.

Wir wissen immer noch nicht, ob es sich dabei um einen „offensiven“ oder „defensiven“ Frieden handelt. Möglicherweise sogar um beides. Defensiv würde der Frieden nur insoweit sein, wie der Kreml es für notwendig erachtete, die steigende Unruhe innerhalb der Satellitenstaaten und die wachsende Kraft der freien Welt seit Beginn des Koreakrieges in Betracht zu ziehen. Offensiv würde der Frieden in dem Maße sein, wie der Kreml danach trachtete, die Reibungspunkte zwischen den westlichen Regierungen, die sich im letzten Jahre enthüllten, auszunützen, die Friedensliebe des Westens zu ermutigen, den Versuch einer westeuropäischen Integration abzufangen, die Bildung einer Europa-Armee zu stoppen und die westlichen Völker mit Optimismus zu erfüllen über die Möglichkeit allumfassender Verhandlungen und Regelungen. In dem einen Falle würde es sich um ein aus der ganzen Situation her notwendiges Verhalten handeln auf Grund der Überlegung, daß sich ein Frontalangriff auf die freie Welt gegenwärtig ausschließe und daß dem eigenen Land und den sowjetisch-besetzten Gebieten eine Frist der Ruhe notwendig ist, um die sich ausdehnende sowjetische Wirtschaft instand zu setzen, den Lebensstandard der Arbeiter und Bauern zu heben. Im anderen Falle würde es sich um zweckdienliche Maßnahmen handeln auf Grund der Einsicht, daß die Westmächte, bei ihren Bemühungen wieder aufzurüsten, ihre Mittel überschätzten und daß ihnen als Medizin ein guter Entschuldigungsgrund für die Verminderung ihrer Wachsamkeit nottäte. Lassen wir es dahingestellt, von welchem Motiv ihre Handlungen bestimmt werden, Stalins Tod jedenfalls schuf eine phantastische Gelegenheit, der veränderten Strategie das größtmögliche Maß an Plausibilität zu geben.

Das schwierige an der Situation für uns ist nicht, ob die gegenwärtige Regierungsgewalt von einer Clique oder einem Komitee unter einem Vorsitzenden oder von einer neuen Diktatorpersönlichkeit ausgeübt wird, auch nicht einmal, ob sie einige Grade „stärker“ oder „schwächer“ ist als Stalin war. Schließlich kann eine Regierung einen Krieg ebenso gut aus einem Gefühl der Unsicherheit wie aus rücksichtsloser Kraft beginnen. Hingegen sollten wir genau beobachten, ob das Regime mehr oder weniger rational ist. Darüber dürften wir uns häufig noch nicht im klaren sein. Eine Regierung, die rationaler ist als die Stalins dürfte auf kurze Sicht weniger gefährlich sein, auf lange Sicht aber um so mehr. Sein eigener Starrsinn machte Stalin immer und immer wieder einen Strich durch die Rechnung – als er versuchte, den Mar-

shallplan zu zerstören, Berlin zu blockieren, Tito in die Knie zu zwingen und Korea mit Gewalt zu nehmen. Dabei hätte er in jedem Falle sehr gute Erfolge haben können, wenn er nur schlauer ans Werk gegangen wäre.

Haben sich nun Stalins Nachfolger diese Lehren zu Herzen genommen? Wäre es der Fall, dürfte das neue Regime mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse seiner unterjochten Völker durch Wiederherstellung des alten Lebensstandards nehmen, um sie weniger ihre Abhängigkeit spüren zu lassen. Das Regime dürfte geneigter sein, sich wahre Berichte seiner Auslandsvertreter anzuhören, und es dürfte treffender abwägen und geschickter seine Gegner gegeneinander ausspielen. In Verhandlungen dürfte es in belanglosen Dingen entgegenkommender und in der Art seiner Propaganda weniger aufreizend sein. Es dürfte sogar bereit sein, innerhalb einer begrenzten Sphäre eine ansehnliche Zahlung zu leisten, um dadurch in einer weiteren Sphäre einen größeren Spielraum für seine Manöver zu erhalten. Mit einem Wort, das Regime würde intelligenter vorgehen – wenn auch deshalb nicht weniger hartnäckig, aber einfach geschickter und beweglicher.

In seiner frühen Phase zeigte Stalin, daß er die Kunst der Vorsicht kannte; dafür war der spanische Bürgerkrieg ein treffendes Beispiel. Aber Macht und Eitelkeit förderten seine Neigung zu Irrtümern. Kurz vor seinem Tode wurde prophezeit, daß er als letzten Ausweg über ein Nebeneinanderleben mit Rußlands Feinden verhandeln würde, wenn er sich je von der Unmöglichkeit überzeugen könnte, sie zu entzweien. Vielleicht haben seine Nachfolger eine ehrgeizigere Vorstellung von der Politik – und werden sie nicht nur dazu benutzen, einen schlechten Umstand zu bessern sondern einen guten zu nützen. Es würden sich ihnen Wege in zwei Richtungen öffnen, wenn ihr Bemühen, die westliche Koalition zu schwächen positive Ergebnisse zeigte, und wenn sich die Möglichkeit für allgemein klärende Verhandlungen eröffnen würde. Sie könnten auf der Konferenz um hohen Gewinn spielen oder sie könnten wieder zur Offensive im Kalten Krieg greifen nach einer Pause, in der Sowjetrußland dem Westen auf dem Gebiet der Atomwaffen und der Wirtschaftskraft einen Vorteil abgerungen hätte. Diese Pause kann natürlich durch vorbereitende, aber fruchtlose und gar nicht erst gemeinte Gespräche hinauszögert werden. Sollten die Gespräche jedoch tatsächlich zu einer Vollkonferenz führen, so zeichnet sich die Möglichkeit großer Gewinne ab, und zwar wenn die Hoffnung auf Frieden und die wachsende Mißstimmung zwischen den Alliierten die westlichen Regierungen in wichtigen Fragen Kompromisse schließen läßt (wenn z. B. bei einer Annahme der Churchill'schen Idee von Einflußgebieten die von Rußland besetzten Länder auch weiterhin in der russischen Sphäre bleiben) – das wäre dann ein Sieg, der alle Anstrengungen auf Risiken lohnen würde. Sollte jedoch kein Kompromiß zustande kommen, weil sich der Westen nicht über den Preis für den „Frieden“ einigen kann, so könnten in weiten Bereichen der öffentlichen Meinung immer noch die störrischen Regierungen für die neue Kriegsfurcht verantwortlich gemacht werden.

Wüßten wir genau, daß dies die Konsequenzen wären aus Stalins Tod und aus den „Schwächen“ seiner Nachfolger — im Gegensatz zu seiner „Stärke“ — würden wir dann noch die Steuern senken, die Verteidigungsanstrengungen vermindern und die Auslandshilfe beschneiden? Oder würden wir dann nicht doch Kraft und Witz mehr als je zuvor zusammenraffen?

III

Die neue Strategie der Sowjetunion will jedem etwas bieten. In bestimmten Fällen gewährt sie ein beschwichtigendes aber unwesentliches Entgegenkommen, wie den Austausch von Botschaftern oder eine sonstige gesellschaftliche Höflichkeit, die im Lichte ehemaliger Unhöflichkeit bedeutsam wirkt. In anderen Fällen ist das Entgegenkommen greifbarer aber doch auch wieder ohne grundsätzliche Folgen, weil es jederzeit widerrufen werden kann wie die Aufhebung der sowjetzonalen Grenzkontrollen in Österreich — von uns schon vor 5 Jahren beendet —, die den Russen jedoch trotzdem die Dankbarkeit einiger österreichischer Beamter einbrachte. Das Entgegenkommen kann aber auch tatsächliche Bedeutung haben wie die Unterzeichnung des koreanischen Waffenstillstandes, der in örtlicher oder militärischer Sprache als Verlust gebucht werden müßte, der aber mit anderen Vorzeichen in einer anderen Spalte als großer Gewinn erscheinen könnte.

Unsere großen Alliierten befanden sich bisher noch nicht unter den Empfängern direkter sowjetischer Wohltaten — obgleich es im Bereich des Möglichen liegt, wie aus Malenkows Anspielung in seiner Rede vom 8. August auf den französisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag und aus seinem Angebot hervorgeht, mit Frankreich zusammenzuarbeiten, um das Wiederaufleben des deutschen Militarismus zu verhindern. Schon die ersten Andeutungen Moskaus auf Lockerung des Kalten Krieges machten einen beachtlichen Eindruck in England und Frankreich; und in Italien wurde den Politikern der Rücken außerordentlich gestärkt, die sich nicht vereinigen können und die nur regieren, um Zerstörung und Zwietracht zu säen.

Ganz Europa setzte den Amerikanern bei ihren intensiven Bemühungen um die europäische Verteidigung einigen Widerstand entgegen. Der Marshall-Plan forderte ein Maß von gegenseitigem psychologischem Verstehen, das nicht immer zu erwarten war. In Europa breitete sich die Furcht aus, daß wir uns ohne Rücksicht kopfüber in den fernöstlichen Konflikt stürzen und alle in einen Streitfall von unüberschaubaren Ausmaßen verwickeln würden. Über allen lag das Grauen vor der Atombombe. Vergessen wir aber nicht, daß amerikanische Städte und Industrien gegenüber einem überraschenden Angriff von Atomwaffen ebenso verwundbar sind wie die Westeuropas; bisher wurde den Europäern (oder auch den europ. Staatsmännern) noch niemals die Wahrheit über den Atomkrieg überzeugend dargestellt. Die bloße Tatsache, der Quelle der Gefahr näher zu sein, ließ sie in althergebrachter Weise glauben, sie wären der Gefahr mehr ausgesetzt als die anderen. Diese und andere bekannte Gründe ließen sie eifrig — selbst wenn sie dabei nicht überzeugt wurden — auf sowjetische Einflüsterungen hören, daß die Gefahr

nicht im kommunistischen Imperialismus sondern in der amerikanischen provozierenden Haltung liege.

Der Wechsel in der Sowjetstrategie veranlaßte Frankreich noch einmal die Ratifizierung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft hinauszuschieben und die Seuche des „Neutralismus“ zu verbreiten. Damit soll natürlich nicht ausgedrückt werden, daß ein großer Teil der verantwortlichen französischen Meinung, die sich der EVG widersetzt, überhaupt dem Kommunismus freundlich gegenübersteht. Viele Franzosen, selbst einige am Quai d'Orsay, geben einfach nicht zu, daß Sowjetrußland die Stelle Deutschlands als Hauptbedroher Frankreichs eingenommen hat. Vor allem wollen sie nicht anstelle der alten englisch-französischen Entente eine enge Partnerschaft mit Deutschland zum Angelpunkt der französischen Politik machen. Es stimmt, daß England und die Vereinigten Staaten der NATO angehören und daß die Vertragstexte der NATO und der EVG ineinandergreifen; außerdem bemühten sich die Engländer, den nervösen Freunden auf der anderen Seite des Kanals besondere Zusicherungen zu geben. So sagte Churchill am 11. Mai dieses Jahres: „Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß zwischen uns und der EVG eine besonders enge Beziehung besteht. In Erwartung des Inkrafttretens des EVG-Vertrages arbeiten wir mit den Mitgliedern der Gemeinschaft die Maßnahmen aus, die auf militärischem und politischem Felde notwendig sind“. Die Zweifler in Frankreich erwidern, daß nicht der Text militärischer Abmachungen wiegt, wenn der politische Geist sich ändert. Sie fühlen, daß die Unterstellung französischer Soldaten unter internationales Kommando und internationale Flagge und die Vermengung französischer und deutscher Soldaten innerhalb dieses Kommandos, die Ausrichtung der französischen Politik mehr beeinflussen würde als die französische Mitgliedschaft in der NATO. Deutschland überflügelt Frankreich an menschlichem und industriellem Potential, und die Ungleichheit wird sich noch vergrößern. Amerikanische Soldaten sagen, daß das Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland erhalten bleibt, so lange amerikanische Soldaten auf dem Kontinent sind. Aber danach? Wird Frankreich nicht schrittweise in die Auswirkungen deutscher Politik verstrickt, die danach trachten könnten, das an Polen verlorene deutsche Land mit Gewalt zurückzugewinnen oder — in umgekehrtem Falle — es durch einen Handel mit Rußland zurückzubekommen? Sie erinnern diejenigen, die über eine mögliche deutsch-russische Entente nur die Achseln zucken, an Deutschlands Zusammenarbeit mit Rußland nach zwei anderen großen Kriegen — Taurogen im Jahre 1812 und Rapallo im Jahre 1922.

Franzosen, die so argumentieren, sind natürlich keine Neutralisten, denn sie würden es begrüßen, wenn England und die Vereinigten Staaten weiterhin auf dem Kontinent in Aktion bleiben würden und würden auch eine deutsche Zusammenarbeit in der NATO oder jedes andere Arrangement hinnehmen, wenn es nur auch England und die Vereinigten Staaten umfaßt und die Franzosen nicht mit ihren alten Feinden in solch enger Verbindung allein läßt. Die wahren französischen Neutralisten sind Kinder der Idee von der

„Dritten Kraft“ — von der Idee, daß Westeuropa durch sich selbst und für sich selbst leben kann und muß, außerhalb des Konfliktes zwischen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten. Sie machen geltend, daß Europa dazu in der Lage ist, wenn es vermeidet, zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten Partei zu nehmen — auf geistigem, emotionellem oder materiellem Gebiet; wenn es mit seinen Menschen, seinem Potential und seinem Geld umsichtig umgeht; und wenn es seine Energien auf unsere Sozialreformen und wirtschaftliche Entwicklung konzentriert.

Selbst wenn Frankreich gefühlsmäßig wünschen sollte, die Partei der Vereinigten Staaten zu ergreifen, so geben die französischen Neutralisten doch zu bedenken, daß es für Frankreich nicht ungefährlich ist, sein Geschick an eine Nation zu binden, deren Staatsmacht auf so merkwürdige Art konstitutionell geteilt und dessen öffentliche Meinung unreif ist. Sie bemerken eine weitläufige Disharmonie in der amerikanischen Fernost-Politik wie aus den Worten und Handlungen von Außenminister Acheson oder General McArthur zu entnehmen war; und seit unserer Wahl im Jahre 1952 behaupten sie, daß der allgemeine amerikanische Kurs gar nicht vor auszusehen sei, weil Außenminister Dulles auf die verschiedenartigen Elemente in der Republikanischen Partei Rücksicht nehmen muß, die von Präsident Eisenhower (die Welt ist rund), von den Isolationisten und „Zuerst-Asien“-Senatoren (die halbe Welt ist besser als keine) und Senator McCarthy (liebe mich und die Welt ist mein) repräsentiert werden.

Einige der Franzosen, die so argumentieren, sind ganz offen anti-amerikanisch eingestellt, andere stehen sehr weit links. Die Franzosen, die keines von beiden sind, sind überzeugt davon, daß Frankreich auch bei gutem Willen es sich selbst mit amerikanischer Hilfe nicht leisten kann, in den gegenwärtigen Wiederaufrüstungsbestrebungen in Europa und im kostspieligen Kampf gegen den Kommunismus in Indo-China fortzufahren, und so wenden sie sich dem Neutralismus zu, weil es die einzige Theorie ist, hinter der sie Zuflucht finden können.

Pierre Mendes-France, der eine straffe Wirtschaftsführung und einen Kompromis in Indo-China begünstigt, fehlten in der langen Kabinettskrise im Frühjahr nur wenige Stimmen, um Ministerpräsident zu werden, obgleich er, selbst kein Neutralist, von den Neutralisten und vom linken Flügel unterstützt wurde. Die Radikalsozialisten (selbst Edouard Herriot) sind gegen die EVG; sie sind dennoch keine Neutralisten und sind nicht gegen die NATO. Die Sozialisten (die die Kandidatur von Mendes-France unterstützten) sind die einzige große Partei, die in dieser Frage ein offenes Spiel spielen. Einer von ihnen, ein ehemaliger Ministerpräsident, umriß das Problem mit dem Satz, daß „Frankreich mit Rußland auf Deutschlands Rücken den Handel austragen sollte“ — nicht zu erwähnen (wenigstens tat er es nicht) die Rücken von Frankreichs gegenwärtigen Alliierten. Die gleiche Quelle ging sogar in ihrer Forderung so weit, daß die Westmächte den territorialen Gewinn von Sowjetrußland und seinen Satelliten in Osteuropa garantieren sollten als Gegenleistung für die sowjetische Bereitwilligkeit, Deutschland zu neutralisieren und zu entwaffnen und mit der

allgemeinen Abrüstung zu beginnen. Inzwischen werden die französischen Kommunisten aus dem Nachlassen der Ost-Westspannungen Kapital schlagen und für eine neue „Volksfront“ werben, was ihnen erlauben würde, sich an der Regierung zu beteiligen. Die Richtlinien für ihr Verhalten bezögen sie natürlich aus Moskau.

Italien erhielt ähnliche Richtlinien und die gehorsame Propaganda hatte dort sogar mehr Wirkung. Bei den letzten Wahlen erzielten die Nenni-Sozialisten, die Verbündeten der Kommunisten, auf der Linken und die Monarchisten und Neofaschisten auf der Rechten die Hauptgewinne. Die Rechten sahen nichts Böses darin, das Spiel der Kommunisten bis zur Niederlage de Gasperis zu spielen, des Mannes, der Italien vor dem Kommunismus errettete, und die Politik einer europäischen Zusammenarbeit zu durchkreuzen, die durch Marshallplan und NATO ermöglicht wurde. Im kommenden Kampf wird wahrscheinlich die Rechte gegen die Linke stehen, wobei das Zentrum in die Gefahr gerät, nach beiden Richtungen in Stücke gerissen zu werden. Die Rechte und die Linke nutzen die Gegnerschaft zu De Gasperis „Atlantikkpolitik“ aus.

Im Laufe dieser Ereignisse lernten die Amerikaner zu ihrem Kummer wieder einmal Ungewißheit und Enttäuschung in der Außenpolitik kennen: Nichts schien so zu mißlingen wie der Erfolg.

IV.

Am 11. Mai sprach Ministerpräsident Churchill von der „veränderten Haltung der Sowjets und, wie wir alle hoffen, auch der Tendenz“; und obgleich diese Auffassung kein neues Beginnen in der britischen Politik verursachte, so stärkte sie doch gewisse schon bemerkbare Tendenzen. Außerordentlich lebhaft war die wachsende englische Bereitschaft, die koreanischen Feindseligkeiten zu beenden, ohne sich allzu sehr um die ins einzelne gehenden Garantien zu kümmern, auf denen die Vereinigten Staaten bestanden. Bestandteil der britischen Politik war außerdem das Bemühen, den Handel mit nicht-strategischen Gütern mit dem sowjetischen Block und China zu fördern. Es machen sich jetzt Bestrebungen bemerkbar, nach formeller Beendigung des Koreakrieges alle Einschränkungen im Ost-Westhandel fallen zu lassen. Weiter umfaßte die politische Route den Entschluß, Chiang-Kai-shek als eine Figur ohne aktuelle oder zukünftige Wirksamkeit oder Wert abzuschreiben und Formosa zu neutralisieren; weiterhin den Wunsch, die absolute Kontrolle des kommunistischen Regimes über China als harte Tatsache anzuerkennen und einen Platz für China in den Vereinten Nationen zu finden; und die Hoffnung, die Vereinten Nationen würden in steigendem Maße als Diskussions- und Versöhnungsforum, nicht aber als ein Instrument zur gewaltsamen Durchführung von Beschlüssen (auf jeden Fall gegen mögliche kommunistische Aggression) benutzt werden. Diesen Zielen fügte der britische Ministerpräsident noch zwei besondere Anregungen hinzu, die beide typisch sind für die allgemeine Richtung englischer Überlegungen. Die eine Anregung war, durch eine Annäherung im Stile Locarnos die Beziehungen zwischen Westeuropa, Deutschland und der Sowjetunion auf eine tragbare

Grundlage zu stellen. Nach Ansicht einiger lag darin im Keim die Idee, die Oder-Neiße-Linie zu garantieren (da augenblicklich keine Aussicht besteht, sie auf friedliche Weise zu revidieren) und die sowjetische Vorherrschaft in Osteuropa in irgendeiner Form anzuerkennen. Churchill regte außerdem eine Vier-Mächte-Konferenz auf höchster Ebene ohne vorher festgelegte Tagesordnung über besondere Fragen an, sondern nur um zwanglos die Möglichkeiten einer umfassenden Regelung zu sondieren.

Die meisten Fragen sind schon gründlich untersucht worden; aber zwei sind es Wert wieder aufgerollt zu werden unter Berücksichtigung dessen, was wir für die Absichten der augenblicklichen sowjetischen Strategie halten.

Der Misionschef der sowjetischen Delegation bei den Vereinten Nationen hat — abgesehen davon, daß er die Konferenzen als Schalltrichter für Propaganda benutzte — klar zu erkennen gegeben, daß die westlichen Bemühungen fehlschlagen werden, die Organisation der Vereinten Nationen so auszurichten, daß mit ihrer Hilfe der Frieden erzwungen werden kann. Sowjetische Obstruktionspolitik verhinderte es, nach den in der Charta vorgezeichneten Richtlinien vorzugehen — Schaffung eines militärischen Führungskomitees, Zuweisung von Kontingenten aus den Nationalen Armeen zum Einsatz für die Aufgaben der Vereinten Nationen usw. Als Ersatz wurde im November 1950 der Friedensvereinigungs-Beschluß angenommen, der eine unabhängige Aktion in der Generalversammlung vorsieht, wenn ein sowjetisches Veto im Sicherheitsrat eine Aktion gegen einen Angreifer verhindert. Neuerliche Erklärungen über englische Politik lassen eine nur geringschätzig Ansicht von diesem oder anderen Versuchen erkennen, den Vereinten Nationen Krallen zu geben. Es drängt sich heute der Eindruck auf, daß England die Vereinten Nationen aus zweierlei Gründen gerne in ihrer Rolle als Friedensstifterin unterstützen würde, aber nicht, wenn sie etwas gewaltsam durchsetzen möchte. Einer der Gründe ist, daß die NATO als Exekutivorgan ja innerhalb der Region geschaffen ist, die das konkreteste englische Interesse besitzt, nämlich Europa. Die NATO befriedigt nicht nur die wichtigsten englischen Verteidigungsbedürfnisse sondern hat als regionale Verteidigungsorganisation auch noch den Vorteil, nicht zu Schwierigkeiten innerhalb des Commonwealth — z. B. mit Indien — zu führen, Schwierigkeiten, wie sie aus anti-Aggressionsplänen unter einer so weit gefaßten Sicherheitsgarantie wie in der Charta erwachsen. Hier liegt wahrscheinlich auch die zweite Begründung dafür, warum englische offizielle Erklärungen den Wert der in der Charta enthaltenen Exekutivvorkehrungen jetzt verkleinern und auf Schwierigkeiten hinweisen, sie in die Tat umzusetzen. Soll eine weltweite Organisation wie die Vereinten Nationen überhaupt irgendwelche Exekutivmaßnahmen durchführen, so müssen sie in gleicher Weise im Osten und Westen wirksam sein. England würde es begrüßen, wenn sich die Vereinten Nationen auf wirtschaftliche, finanzielle und soziale Probleme konzentrieren würde, die vor das Forum der verschiedenen Komitees gelangen, und die Verantwortung für Exekutionen in Europa der NATO und im Fernen Osten hauptsächlich den Vereinigten Staaten überlassen.

An dieser Stelle soll eine historische Bemerkung eingeflochten werden. Auf der San Franzisko-Konferenz 1945 wurde lange debattiert darüber, was wohl mit den Vereinten Nationen geschehen würde, wenn eine Veto-Macht der Aggression für schuldig befunden würde. In der ersten Reaktion wurde gesagt, daß sich die Vereinten Nationen fernhalten und es den Mitgliedern überlassen würden zu handeln, als ob es sie gar nicht gäbe. Wenn sich der Angriff gegen einen kleinen Mitgliedstaat richtete, könnten die Großmächte ihn ignorieren. Dies würde die Ohnmacht der Vereinten Nationen enthüllen und sie auf die Rolle des Völkerbundes nach der Ablehnung des Genfer Protokolls im Jahre 1925 beschränken. Richtete sich der Angriff gegen eine andere Großmacht, so würde keine schriftliche Vorkehrungsmaßnahme sie daran hindern, Widerstand zu leisten. Artikel 51 versuchte, diesen Akt der Selbstverteidigung zu legalisieren. Legal oder nicht, würde das Ergebnis doch das Ende der Vereinten Nationen bedeuten. Als das Vorgehen Sowjetrußlands im befreiten Polen das Ausmaß seiner Raubgier und Grausamkeit enthüllte, stellte das führende republikanische Mitglied der amerikanischen Delegation, Senator Vandenberg, in einer privaten Unterhaltung mit dem Autor dieses Artikels mit scharfen Worten die Frage, ob es für die Vereinigten Staaten überhaupt noch einen Wert hätte, weiter einer Organisation anzugehören, in denen Sowjetrußland das Veto-recht hat. Ihm wurde entgegnet, daß die Organisation auch dann gerechtfertigt sei, selbst wenn auch eines Tages ein von Moskau begangener oder unterstützter Aggressionsakt die Vereinten Nationen aufliegen lassen sollte; denn es würde dann immer noch eine mächtige, der Charta treue Koalition übrigbleiben, die bereit sei, gemeinsam zu handeln, wie es die Vorschrift erfordere. Um jeden Zweifel an der Legalität einer solchen Handlungsweise zu beseitigen, wurde der Text des Art. 51 erweitert, der nunmehr ein solidarisches und individuelles Recht der Selbstverteidigung einschließt.

Damit war Senator Vandenberg zufrieden. Es fand auch bei den englischen Vertretern Anklang in Erinnerung an die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten, zwar den europäischen Alliierten in zwei Weltkriegen zu Hilfe geeilt waren, aber doch erst dann, als sie ausgeblutet waren und die Niederlage nicht weit war. Es war offensichtlich vorteilhaft, für den Fall einer anderen Krise die Basis zu schaffen für ein sofortiges solidarisches Vorgehen. Es wäre gut, wenn sich die Engländer an ihren alten Standpunkt erinnern und wenn sie erwägen würden, ob es für England und das Commonwealth vorteilhaft ist, Zweifel entstehen zu lassen, oder ob sie noch zu den alten Grundsätzen stehen. Tun sie es nicht mehr, dann dürfte in den Amerikanern das Gefühl der Verlassenheit in verschiedenen Bezirken aufkommen, in denen sie vitale Interessen haben und in denen eines Tages alle Mitglieder auf die Probe gestellt werden könnten, ob sie noch wie im Fall Korea, gegen eine Aggression zusammenhalten.

All dieses ist natürlich im Zusammenhang mit noch allgemeineren Überlegungen oft diskutiert worden, von denen zwei besonders wichtig sind. Es ist z. B. möglich zu erklären, daß eine Aussöhnung das richtige ist, wenn die Schuld der Aggression

nicht klar erwiesen ist oder wenn noch eine Chance besteht, beide Seiten zur Feueereinstellung zu veranlassen und miteinander zu reden. Aber es ist ganz etwas anderes, wenn Risiko und hohe Unkosten als Entschuldigungsgrund herhalten müssen, wenn ein Staat es unterläßt, gegen einen klaren Fall von Aggression vorzugehen. Werden außerdem keine Strafmaßnahmen in Bereitschaft gehalten, so ist der potentielle Angreifer weniger geneigt, Friedensbeschlüsse anzunehmen, und diese werden geringere Wirksamkeit haben. Die Pflicht, Versöhnungsbeschlüsse anzuerkennen, und die Pflicht, gegen einen Angreifer vorzugehen, liegen auf einer Ebene. Nimmt man eine davon weg, so ist die Symmetrie einer internationalen Organisation, die zur Aufrechterhaltung des Friedens bestimmt ist, verloren. Wir hoffen, es wird niemals dazu kommen. Sollte der Fall je eintreten, so ist der Traum von der kollektiven Sicherheit unter dem Zeichen der Vereinten Nationen ausgeträumt, die drei Präsidenten den Eckstein unserer auswärtigen Politik genannt haben.

In jüngster Zite machten sich zwischen der englischen und amerikanischen Ansicht über die Zukunft der sogenannten Satelliten ebenfalls einige Differenzen bemerkbar. China kann nicht unter die sowjetischen Satelliten eingereiht werden in Anbetracht der Größe des Landes und der zahlreichen Bevölkerung, der räumlichen Entfernung zwischen Moskau und Peking und angesichts der Tatsache, daß die chinesischen Kommunisten ohne direkte ausländische Hilfe zur Macht kamen. Die augenblicklichen Beziehungen zwischen den beiden größten kommunistischen Staaten sind alles andere als klar; doch wenn wir nach den Beziehungen zwischen zwei beliebigen Kommunisten untereinander schließen, so ist kaum anzunehmen, daß die Bindung zwischen der Sowjetunion und China aufrichtig ist. Sie dauert, weil sie beiden Teilen Vorteil bringt, aber auch keinen Augenblick länger. Zweifellos ist Mao Tse-tung ein Kommunist; auch Tito war es — und ist es heute noch. Wenn Mao zu der Überzeugung käme, daß es seinen eigenen Interessen und denen Chinas als Nation dienlich ist, sich von Moskau loszusagen, könnte er es zweifellos tun; doch haben wir keinen Grund zu der Annahme, daß er nach seiner Absage an Moskau dann dem Westen gegenüber die gleiche Haltung wie Titos nationalkommunistisches Regime einnehmen würde. Wie dem auch sei, zwischen beiden Regimen bestehen im Ursprung und in der Situation zugleich Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten, und es erscheint unklug so zu handeln, als ob irgendein modus vivendi aus der Natur der Sache heraus zwischen dem kommunistischen China und den Vereinigten Staaten für immer unmöglich sei. Auch die Natur der Dinge ist dem Wechsel unterworfen. Unter den gegenwärtigen Umständen wird die amerikanische Politik sich weiterhin bemühen, chinesische Angriffe in Asien zu vereiteln, und versuchen, die chinesisch-russische Partnerschaft so fruchtlos und unbefriedigend wie möglich erscheinen zu lassen. Das bedeutet aber nicht, daß es von uns oder den Engländern klug gehandelt wäre, uns bis in die ferne Zukunft grundsätzlich auf eine chinafeindliche Haltung festzulegen. Der drastische Wechsel unserer Anforderungen an das Deutschland von 1945 und von heute, die unerwartete Umwandlung unserer Be-

ziehungen zu Jugoslawien und der Gang der Ereignisse, der uns jetzt Japan zu einer Aufrüstungspolitik drängen läßt, von der General McArthur darzutun versuchte, daß Japan ihr nie folgen würde, — alle diese Tatsachen sollten Staatsmänner und Gesetzgeber davor warnen, die Probleme von morgen allzu vertrauensselig vorauszusagen oder zu versuchen, ihre Nachfolger auf bestimmte Lösungen festzulegen.

Unsere Differenzen mit England über China sind weder vom Historischen noch vom Praktischen her gesehen die gleichen wie die über die Zukunft der jetzt von Sowjetrußland kontrollierten osteuropäischen Länder, von denen zwei mit russischen Truppen belegt sind. Englands Tradition, das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent aufrecht zu erhalten, läßt es Einflußsphären als ebenso natürlich wie nützlich empfinden, und es glaubt, daß sich die Vereinigten Staaten in der Karibischen See ebenso zu verhalten scheinen. Als Churchill und Eden im Jahre 1944 Moskau aufsuchten, einigten sie sich mit Stalin auf eine Interessenteilung auf dem Balkan — der Sowjetunion wurde ein vorherrschender Einfluß im Verhältnis 75 zu 25 in Rumänien, Bulgarien und Ungarn eingeräumt, während die gemeinsamen Interessen in Jugoslawien 50 zu 50 aufgeteilt wurden. Über dieses Abkommen war Staatssekretär Hull sehr unglücklich. Im Mai des gleichen Jahres hatte er sich britischen Anregungen widersetzt, Rußland ein kontrollierendes Interesse in Rumänien zu gewähren, wenn England dafür ein kontrollierendes Interesse in Griechenland erhielte. Er hielt Präsident Roosevelt vor, daß dieser Handel im Gegensatz stände zu dem Grundsatz eines breiten Systems kollektiver Sicherheit, wie es für die Vereinten Nationen geplant war.

Nach dem Kriege bewies die britische Regierung in den Iran betreffenden Vorschlägen, daß sie immer noch nicht davon überzeugt war, daß Einflußsphären schändlich sind. Noch kürzlich erklärte Premierminister Churchill in seiner Rede vom 11. Mai, daß er bereit wäre, ein besonderes Interesse und eine besondere Stellung Rußlands in Osteuropa anzuerkennen, wobei er ausdrücklich das Recht Rußlands einschloß, sich freundlich gesinnter Regierungen in den angrenzenden Staaten zu vergewissern. Was er sagte, war in etwa theoretisch. Aber wenn er damit sagen wollte, daß eine Viermächte-Konferenz dies als einen natürlichen Preis für den Rückzug sowjetischer Truppen aus dem Gebiet ansehen würde, so befindet er sich im Gegensatz zu dem, was Mr. Dulles vor einem Jahr über die Befreiung der osteuropäischen Länder sagte und ebenso zu Präsident Eisenhows vorsichtiger aber bestimmter formulierter Erklärung, daß sie fähig sein sollen, ihre Unabhängigkeit wiederzugewinnen.

Dies ist ein Beispiel, warum die Westmächte sich über das Wesentliche eines jeden Punktes auf der Tagesordnung einer Viermächte-Konferenz im voraus einigen sollten. Churchills Bemerkungen können falsch gedeutet worden sein, oder er kann seine Ansicht ändern. Aber in keinem Fall sollte die osteuropäische Frage zum Hindernis zwischen England und den Vereinigten Staaten über den grundsätzlichen Umriß einer europäischen Lösung werden; es braucht nicht dazu zu kommen, wenn wir unsere Ziele klar umreißen und sie aus-

reichend erklären. Sie basieren auf der Tatsache, daß der Nationalismus bei den osteuropäischen Völkern und auf dem Balkan eine dominierende Kraft war seit den Tagen, als sie für ihre Freiheit vom ottomanischen, habsburgischen und zaristischen Reich kämpften und gewannen. Titos Rebellion gegen Moskau im Jahre 1948 entsprang seinem Nationalgefühl und hatte deshalb Erfolg. Vergangenen Juni mahnten Ostdeutschland und die anderen sowjetisch besetzten Länder daran, wie universal und wie intensiv dieses Gefühl ist; und Malenkov suchte durch Versprechungen besserer Lebensumstände die Auswirkungen unschädlich zu machen, indem er bessere Lebensbedingungen den Völkern versprach, die zum Nutzen der sowjetischen Wirtschaft und der sowjetischen Militärmaschine arbeiten.

Nationalismus und Unabhängigkeit sind die Losungsworte für unsere osteuropäische Politik. Die westliche Demokratie stellt einen Kontrast dar zu sowjetischem Terror hinter dem Eisernen Vorhang; wir sollten Westeuropa helfen, weiterhin einen Kontrast zum russischen Lebensstandard zu bilden (z. B. Berlin, unser bestes Fenster nach dem Osten). Aber am wirkungsvollsten ist es, die Völker Osteuropas wissen zu lassen, daß wir entschlossen sind, sie sollen das haben, was ihnen die Russen nicht geben — nationale Freiheit.

Es ist unnötig, die Politik als eine „Befreiung“ zu bezeichnen, von der die kommunistische Propaganda die Vorstellung verbreitet hat, sie bedeute einen von den Vereinigten Staaten begonnenen Krieg. Die Völker Westeuropas fürchten einen Alliierten, dessen politisches Programm, wie ihnen erzählt wird, das Risiko eines Krieges einschließt; und die Osteuropäer, die schon einmal durch die Rote Armee erfahren haben, was es heißt, befreit zu werden, würden vielleicht eine andere Bezeichnung vorziehen. Doch ist das Hauptanliegen dieser Völker zweifellos die Erlangung der Freiheit für das Individuum und der Freiheit für die Nation. Davon müssen wir ausgehen bei unserem Versprechen, die revolutionären Regime, die eines Tages die gegenwärtigen Sklavenregierungen verdrängen werden, anzuerkennen und zu unterstützen. Außer der moralischen und geistigen Ermutigung können wir ihnen auch schon auf andere Weise helfen, wenn sich dafür die Möglichkeit bietet wie z. B. im vergangenen Sommer in der Ostzone Deutschlands und in Westberlin. Wir können denjenigen die Hoffnung auf ein neues Leben in Amerika geben, die dank ihrer Tapferkeit und List aus der Zone hinter dem Eisernen Vorhang entfliehen konnten (wie es in bescheidenstem Umfang das von Senator McCarran so heftig beförderte Gesetz tut) — das ist eine scharfe Propagandawaffe für die Demokratie und gegen sowjetische Tyrannis, das Mindeste an christlichem Gemeinschaftsgeist und eine Methode neue Bürger zu gewinnen, die ihren außerordentlichen Charakter bewiesen haben. Es würde jedoch die Wirksamkeit unserer Taten und Worte außerordentlich vermindern, wenn der Eindruck entstehen sollte, als ob wir versuchten, diese Völker auf ein bestimmtes soziales Gefüge in der Zukunft zu verpflichten.

Ein erfahrener Beobachter kommunistischer Tätigkeit in Asien berichtete kürzlich dem Autor dieses Artikels, daß die Kommunisten dort nur Fortschritte ma-

chen könnten, wenn sie ihre Feinde als anti-Nationalisten plakatierten. Wir sollten ihnen diesen Vorteil in Osteuropa nicht einräumen. Es ist viel wichtiger, die besetzten Gebiete zu ermutigen, sich selbst von Rußland zu befreien, als von vorneherein ihre Regierungsformen für die Zeit nach ihrer Befreiung festzulegen. Wir müssen vermeiden, in einen ideologischen Streit über Regierungsformen hineingezogen zu werden, die die eine Extreme für reaktionär und feudal und die andere für radikal und revolutionär hält. Als größten Anreiz sollten wir diesen Völkern — entgegen dem russischen Verfahren — das Anerbieten machen, ihnen behilflich zu sein, die von ihnen gewünschte Gesellschaftsform aufzubauen. Wir sollten sie jetzt schon durch unser Verhalten überzeugen, daß es auch so sein wird.

Ein Übereinkommen zwischen den Westmächten und den angrenzenden Staaten über eine gemeinsame Politik nach dem Verschwinden der Satellitenregierungen könnte als konkreter Beweis dienen und von unseren Sendern als wirksame Waffe benutzt werden. Man sollte sich auf eine Nicht-Einmischungspolitik verpflichten mit einer Ausnahme: eine internationale, von den Vereinten Nationen ausgeübte Kontrolle sollte die Rechte verschiedener politischer und sozialer Elemente schützen, eine freie Diskussion gewährleisten und dafür sorgen, daß das ganze Volk in der Lage ist, für die Volksvertreter seiner Wahl zu stimmen. Sollte es sich für eine Form des nationalen, von Moskau unabhängigen Kommunismus entscheiden, so hätten wir uns zwar besseres gewünscht, können uns aber immer noch damit zufriedengeben, daß es im Vergleich zum heutigen Zustand schon ein Fortschritt ist; sollte es sich für eine parlamentarische Regierung nach westlichem Muster entscheiden, so entspräche es nicht der Hoffnung von Marschall Tito und vielen örtlichen Kommunisten, es würde aber viel besser als der jetzige Zustand sein. Möglich, daß es ein Mittelding zwischen beiden wäre.

Wenn wir zu einem offenen Einvernehmen mit Marschall Tito über freie Wahlen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen in den befreiten, ihm benachbarten Satellitenstaaten gelangen könnten (und der Autor hat Grund anzunehmen, daß es jetzt möglich wäre), so würden wir zukünftige Mißverständnisse und vielleicht sogar große Gefahren vermeiden. Es könnte sich sogar um nähere Zukunft handeln. Das kleine Albanien zum Beispiel könnte sogar ohne jeglichen Anreiz von außen zu jeder Zeit seinen Marionettenregenten Enver Hodscha liquidieren. Dies würde den Westen schwierigen Entscheidungen gegenüberstellen, über die sich bisher noch niemand Gedanken gemacht hat, ob sie nun nur zwischen den Westmächten oder mit ihnen und dem angrenzenden Griechenland und Jugoslawien besprochen werden sollen. Auch unsere britischen Alliierten sollten sich von dem Vorteil klarer Grundsätze für solch einen Fall im besonderen und im allgemeinen zur Stärkung unserer Freiheitspropaganda überzeugen lassen, selbst wenn sie ihre Bereitwilligkeit dafür drangeben müßten, zukünftige Verhandlungen mit Rußland durch Anerkennung des ganzen russischen Besitzes außerhalb der russischen Grenzen von 1938 zu erleichtern.

Der Rückzug Sowjetrußlands in die Grenzen von 1938 sollte nicht mit der Anerkennung der Welt auf irgendeine privilegierte Stellung Rußlands außerhalb dieser Grenzen verbunden sein, sondern eher mit der Zusicherung, daß die russische Regierung, welcher Art sie auch sei, innerhalb der Grenzen vor Angriffen sicher sein wird. Zusicherungen auf diesem Gebiet, die eine Großmacht wie Rußland anerkennen würde, müßten auf Gegenseitigkeit beruhen — nichts Gewährtes, sondern von beiden Seiten Gegebenes. Ein wirklich funktionierendes allgemeines Sicherheitssystem dürfte das richtige sein. Das ist die eigentliche Basis für die Freiheit der Völker Osteuropas und für die Sicherheit Rußlands an seinen westlichen Grenzen.

V.

Die sowjetische Antwort vom 5. August auf die westliche Anregung, die vier Außenminister sollten auf einem Treffen die Deutschlandfrage diskutieren, zeigte wieder einmal den Unterschied zwischen westlicher und sowjetischer Auffassung über die Gewinne aus einer Konferenz. Nachdem die sowjetische Note die westliche Idee freier Wahlen in Deutschland kritisiert und sich beklagt hatte über die „Aufrüstung“ Westdeutschlands (die, wie sie betont, für die Nachbarstaaten sehr beunruhigend sein müßte) fährt sie mit der Erklärung fort, daß die sowjetische Regierung doch bereit sei, die deutsche Frage zu besprechen. Dann kam das „Aber“. Die Sowjetregierung (Fortsetzung der Note) wünschte die durch den Waffenstillstand in Korea geschaffene günstige Atmosphäre zu nutzen, um allgemeine Maßnahmen wie die Begrenzung der Bewaffnung und die Ächtung von Militärbasen im Ausland zu diskutieren; und da diese Frage auch Asien angingen, sei die Teilnahme der kommunistischen Chinaregierung „erforderlich“. Punkt 1 auf der sowjetischen Tagesordnung waren demnach „Maßnahmen, um die Spannungen in den internationalen Beziehungen abzuschwächen“. Punkt 2 war Deutschland. Die Sowjetnote fügte scheinbar in Form eines nachträglichen Einfalls — obgleich wir überzeugt sind, daß es nicht so gemeint war — hinzu, daß die Lösung der deutschen Frage zur Lösung der österreichischen Frage beitragen würde. Das stellt die Sache auf den Kopf.

Eine Rede Malenkows drei Tage später weitete das Spiel auf Frankreichs Furcht vor Deutschland aus und forderte eine französische und sowjetische Zusammenarbeit, um die Wiederbewaffnung Deutschlands zu verhindern. Aber Moskau war noch nicht zufrieden. Die anti-deutschen Gefühle Frankreichs waren mal wieder gereizt worden, aber die deutschen Freunde Rußlands befanden sich im Hintertreffen, weil Moskau die deutsche Wiedervereinigung anderen Zielen nachgeordnet hatte. Die neue Sowjetnote vom 16. August versuchte, das Spiel mit Frankreich lebendig zu erhalten, während sie gleichzeitig den Irrtum in Deutschland berichtete. Die Westmächte halten die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen in Deutschland für das einzig logische und sichere Vorgehen, um eine alldeutsche Regierung zu wählen, die dann an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teilnehmen würde. Moskau entgegnete nun mit der Anregung, durch das Ost- und Westdeutsche Parlament eine

provisorische alldeutsche Regierung bilden zu lassen. Dieser schwache Körper, in jeder Beziehung nur ein Stückwerk, sollte die Wahlen vorbereiten und abhalten. Wir kennen das Vorbild hierfür. Es führte zur Verschmelzung von Ministerpräsident Mikolazszyks Polnischer Exilregierung mit der unter kommunistischem Schutz in Lublin aufgestellten provisorischen Polnischen Regierung — und das Ergebnis war, daß Polen bald an die Sowjets ausgeliefert wurde. Und es ist auch das Vorbild für das in Yalta ratifizierte Tito-Shabashich-Übereinkommen, wodurch die königliche jugoslawische mit Titos Regierung verschmolzen wurde, um allmählich in ihr unterdrückt zu werden. Da außerdem der sowjetische Vorschlag der provisorischen alldeutschen Regierung die Teilnahme an Koalitionen und militärischen Bündnissen untersagen würde, wäre die EVG dahin.

Das sowjetische ostzonale Kommuniqué vom 23. August verstärkte noch die unterstellte Anziehungskraft des Programms auf alle Deutschen durch Angebote wirtschaftlicher Konzessionen in der Ostzone und durch das Westdeutschland gegebene Versprechen, die Kriegsgefangenen zu entlassen. Die Alternative hierzu wurde durch die Ankündigung unterstrichen, daß sowjetische Wissenschaftler die Wasserstoffbombe hatten explodieren lassen.

Wird der Kreml noch einen Schritt weiter gehen in seiner Politik und eine Pause in Indo-China anregen? Gleich-der in Korea? Ist die Aussicht auf Beendigung der enormen Belastungen für Frankreich verlockend genug, um eine Tito-Politik mit umgekehrten Vorzeichen in Erwägung zu ziehen, wobei es dann dem Rat des oben erwähnten Ex-Premiers folgen würde? Sollten die Sowjets wirklich gewillt sein, diese Zahlungen in Asien zu leisten in der Hoffnung, den Erfolg in ihren europäischen Zielen damit zu besiegeln, dann sollten wir die Versuchungen, von denen Frankreich heimgesucht würde, nicht dadurch zu bannen versuchen, daß wir es schwach und wankelmütig nennen. Wir können nur dem logisch geschulten französischen Geist erklären, daß die Annahme der sowjetischen Lösung den Rückzug aus der westlichen Gemeinschaft bedeuten würde. Der erste Schritt zu einer für uns annehmbaren Lösung besteht darin, daß wir für Frankreich und uns selbst die vollen Konsequenzen — für uns beide — einer derartigen Katastrophe einsehen.

Sollten einige der jetzt in Europa bemerkbaren Tendenzen sich vertiefen, so wäre eine radikale Revision der Politik im Bereich des Möglichen, die unserer einbegriffen, ob wir dazu bereit sind oder nicht. Wir könnten uns auf die NATO beschränkt sehen, beraubt des Planes für eine europäische Armee. Um der NATO zum Erfolg zu verhelfen, sollten wir mehr Energie und Witz als bisher darauf verwenden, ihre Funktionen hier im Lande und im Auslande klar zu machen — hier, daß es sich um eine Organisation handelt, die ebenso wichtig ist für unseren eigenen Schutz wie für den Europas — im Auslande, daß wir an die NATO glauben und sie erschöpfend unterstützen werden. Die Engländer mögen noch einmal überdenken, ob sie wirklich erwarten können, ein Gleichgewicht auf dem Kontinent zu erhalten, ohne sich selbst dabei mehr zu engagieren. Die Franzosen mögen sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß die Alternative zu

deutschen Kontingenten in einer Europaarmee eine unabhängige deutsche Armee ist, und ob Deutschland innerhalb der NATO nicht ein sicherer Nachbar ist als außerhalb.

VI.

Wir widersetzen uns garnicht im Grundsätzlichen Verhandlungen mit den Russen; wir haben keinen Grund, sie zu fürchten unter der Voraussetzung, daß die Punkte der Tagesordnung präzis sind. Jede der vergangenen Verhandlungen mit den Kommunisten hat uns gelehrt, daß die Tagesordnung von entscheidender Bedeutung ist. Wir möchten über abgegrenzte Fragen verhandeln in der Hoffnung, sie zu lösen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sie allgemeine Fragen besprechen wollen, die ihnen die Gelegenheit zu großartigen Propagandaeffekten geben.

Rüstungsbeschränkungen, auf denen die sowjetische Propaganda immer herumreitet, sind ein solcher Fall. Auch wir sprechen über Abrüstung. Aber wir sind der Ansicht, daß sie nur möglich und wert einer Diskussion werden als Ergebnis vorausgegangener politischer Entscheidungen, die eine Atmosphäre internationaler Sicherheit geschaffen haben. Dies ist kein Gegensatz zu den seit dem Jahre 1945 von uns gemachten Anstrengungen, die Sowjets zu

überreden, irgendeine brauchbare und wirksame Methode zur Ausschaltung der Gefahr eines überraschenden Atomangriffs anzunehmen. Würden sie nur ein wirkungsvolles Prüfungs- und Kontrollsystem annehmen, so wäre dies die beste denkbare Einleitung zu der Regelung unserer besonderen Anliegen und für die allgemeine Abrüstung, die sie zu wünschen vorgeben. Wir diskutierten einige Jahre lang in Genf mit anderen Nationen die Frage der allgemeinen Rüstungsbeschränkung. Wir versuchten, grundsätzliche Gegebenheiten abzuwägen und anzugleichen, die in funktioneller Hinsicht vollkommen verschieden waren und die je nach Nation, Gegend und Zeitpunkt an Wert variierten. So war es nicht erstaunlich, daß wir zu keinem Resultat kamen. In jedem Falle war der Wagen vors Pferd gespannt. Das Wiederaufleben der französisch-deutschen Rivalität und die Auswüchse des Faschismus schufen die Kriegsfurcht, und es bestand kein Rahmenwerk für die allgemeine Sicherheit. Die Lehre aus jenen Tagen ist, daß eine allumfassende Rüstungsherabsetzung und -beschränkung eine der letzten politischen Entscheidungen ist, zu denen Regierungen aufgefordert werden sollten; es ist der letzte Schritt auf der Straße zum Frieden, der dann im wesentlichen schon gewonnen ist. Bevor wir uns diesem Straßenabschnitt nähern, müssen wir erst noch Korea, Indo-China, Deutsch-

land, Österreich, die von Sowjetrußland besetzten Staaten und viele andere Gebiete durchqueren, wo nationale und ideologische Interessen aufeinanderprallen und die Drohung des Krieges entsteht.

Trotz aller Rückschläge müssen wir weiterhin versuchen, die Sowjets auf eine Diskussion festumrissener Fragen, die das Risiko des Krieges in sich tragen, festzunageln. „Es ist die Politik ihrer Majestät Regierung“, sagte Premierminister Churchill am 11. Mai, „in jeder Weise alles in ihrer Macht stehende zu tun, um jedwede Handlung oder Worte zu vermeiden, die irgendeine günstige Reaktion verletzen könnten und jedes Anzeichen einer Besserung in unseren Beziehungen zu Rußland zu begrüßen“. Die Regierung der Vereinigten Staaten stimmte dem zu und bestätigte diese Ansicht. Das bedeutet allerdings nicht, daß wir uns der Idee Churchills einer uneingeschränkten Diskussion mit den Russen anschließen müssen. Wir versuchen nicht zu Unrecht, sie zu bestimmten Fragen sich äußern zu lassen. Aber es ist unser Fehler, daß unsere Antwort auf ihre Noten lautet: „Nein, weil . . .“, wenn es doch heißen müßte: „Ja, aber . . .“. Die Menschen lesen im allgemeinen keine Noten. Sie interessieren sich für das Ergebnis, nicht für die Begründung. Ob jemand nein sagt und ob jemand die Tür für weitere Versuche offen läßt, ist von ungeheurer psychologischer Wichtigkeit. Das ist kein Streit um Worte; wir sollten klug genug sein, in jedem Falle ihnen das letzte Wort zu überlassen.

Vor Verhandlungen mit den Russen werden wir uns genau überlegen müssen, was sollen wir fordern? Was können wir gewähren? Welche Grundsätze dürfen wir ungeachtet jeglicher Risiken niemals opfern? Wenn es tatsächlich zu einer Konferenz kommt — wenn überhaupt — ist zu überlegen, wie die Große Allianz durch alle Wechselfälle einer langen Konferenz in Freundschaft und Stärke zusammengehalten werden kann. Es besteht die Gefahr, daß auf einer Konferenz ein falscher Frieden geschlossen wird oder daß die Große Allianz bei einer Umgehung dieser Gefahr auseinanderbricht. Es gibt noch eine ganz andere Gefahr. Bei einer Konferenz mit der Sowjetunion werden sich zahlreiche Herzen von Männern und Frauen im Westen — und nach unserer Ansicht auch im sowjetischen Osten — mit Hoffnung füllen. Ein Mißlingen der Konferenz würde allgemeine Enttäuschung nach sich ziehen, die zu verzweifelten Handlungen führen könnte.

Es wird keine Zauberformel in der amerikanischen Politik geben, die die gegenwärtige Lage plötzlich verändert; noch erlaubt die gegenwärtige psychologische Einstellung eine neue Auslegung, die die gegenwärtige ersetzen könnte. Nur wenn wir unserer Überzeugung treu bleiben und weiterhin versuchen, sie ohne Rücksicht auf Mühen und Kosten zur Geltung zu bringen, können wir Europa überzeugen. Beim Versuch, die Große Allianz für den Frieden intakt zu halten, ist es wichtiger als alles andere, dem amerikanischen Volke immer und immer wieder zu erklären, warum es unmöglich ist, der unbewiesenen Behauptung beizupflichten, daß unser Gegner weich wurde. Der Schlüssel für die Einigkeit und Kraft der Allianz ist die amerikanische Einigkeit und Kraft.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Professor
J. Robert Oppenheimer

„Atomwaffen und die Politik Amerikas“

Chester Wilmot

„Die Rheinarmee und Europa“

Chester Wilmot

„Raketen-Kriegsführung“
I. Offensive Bedrohung
II. Defensiver Widerstand
III. Die Aussichten zum Überleben

Professor
Dr. Gerhard Ritter

„Das Problem des Militarismus
in Deutschland“

Professor
Dr. Theodor Litt

„Hemmungen des staatsbürgerlichen
Bewußtseins“

Professor
Dr. Paul Hübinger

„Abendland und Europa“

Bundespräsident
Prof. Dr. Theodor Heuss

„Grenzfragen des Religiösen
und Politischen“

Eine Zusammenstellung
der aktuellen politischen
Literatur

„Im Brennpunkt Zeitgeschichte“

„AMERIKA-DIENST“

Bermuda, das Paradies im Atlantik

Wieder steht der Name „Bermuda“ in den Schlagzeilen der Weltpresse. Schon Anfang Juni sollten auf den Bermuda-Inseln Premierminister Churchill, Präsident Eisenhower und der französische Ministerpräsident zusammentreffen, aber die innenpolitischen Ereignisse in Frankreich machten es notwendig, diese wichtige Konferenz der Großen Drei zu verschieben. Nunmehr hat die Tagung — auf der Laniel Frankreich vertreten wird — in der ersten Dezemberwoche begonnen.

Die Bermuda-Inseln sind auf der Landkarte ein einziger, heller Fleck mitten in der großen klaren Fläche des Atlantiks und liegen weitab vom amerikanischen Festland, fast elfhundert Kilometer von New York entfernt. Gewiß, die Bermudas sind nicht groß. Wenn man mit dem fahrplanmäßigen Passagierflugzeug, das alle zwei Stunden von New York abfliegt, zu den Inseln kommt — der Flugpreis beträgt genau fünfzig Dollar — dann sieht man zunächst nur ein schmales, langgestrecktes Gebilde, das in der Form eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Angelhaken hat und fast immer unter dichten, weißen Wolken verborgen ist.

Das ist die eigentliche Bermuda-Insel, die vier Fünftel des gesamten, nur etwa fünfzig Quadratkilometer großen Archipels ausmacht und daher auch „Mainland“, die Hauptinsel, genannt wird. Erst wenn man näherkommt, entdeckt man die vielen anderen, bizarr zerklüfteten Klippen und Inselchen. Insgesamt sind es dreihundertsechzig; bewohnt sind davon aber nur zwanzig. Trotzdem gehört die Inselgruppe zu den dichtest besiedelten Gebieten der Welt. Und ähnlich wie Madeira, das fast auf demselben Breitengrad liegt, ist Bermuda ein vielbesuchter Winterkurort, dessen Hotels und Bäder denen der französischen Riviera kaum nachstehen. Schon 1913, als man noch nicht von New York aus in drei Stunden nach Bermuda fliegen konnte, zählte die Insel in einer einzigen Wintersaison 22 000 Touristen, die fast ausschließlich aus den USA kamen. Inzwischen hat sich der Fremdenverkehr vervielfacht. Freilich ist dieses Vergnügen nicht gerade billig. Das Castle-Harbour-Hotel in Hamilton steht an einem der schönsten Punkte der Erde wie ein großes weißes Schloß in einem Park am Meer, umgeben von hohen Wacholderbäumen, Palmen, Kakteen und unzähligen Blumen.

Blumen, geschnitten und sorgfältig verpackt, sind übrigens der Hauptexportartikel der kleinen Inselgruppe. An den Hängen der sanften, bis zu hundert Meter hohen Hügel wachsen wilde Zitronen, Limonen und Orangen. Die Temperatur sinkt fast nie unter sieben Grad Celsius ab, und auch im heißesten Sommer steigt sie selten über dreiunddreißig. Die Inselbewohner nützen das feuchtwarme Treibhausklima und bauen Tabak, Kartoffeln, die im Winter geerntet werden, Zwiebeln, Frühgemüse und Tomaten und versenden sie zusammen mit Blumenzwiebeln und großen Mengen von Schnittblumen, vor

allem Lilien nach den Vereinigten Staaten. Die Feldarbeit ist nicht leicht, denn es gibt auf den Bermudas keinen Fluß und keinen Bach, ja nicht einmal eine einzige Quelle. Man ist ausschließlich auf das Regenwasser angewiesen, das in Zisternen und großen Tanks gesammelt wird. Zum Glück regnet es auf den Bermudas viel.

Die heftige Brandung, die seit ungezählten Jahrtausenden an Bermudas weichen, wasserdurchlässigen Kalkstein nagt, hat von der ursprünglichen Größe der Inseln nicht mehr viel übriggelassen. Die Lage dieser Inseln ist recht eigenartig: sie ruhen auf den Spitzen erloschener, unterseeischer Vulkane. Rings um die Inseln ist das Meer über viertausend Meter tief. Noch heute sind Erdbeben auf den Bermudas ziemlich häufig.

Ein dichter Kranz von Korallenriffen ist den Inseln vorgelagert und macht die Schifffahrt in diesen Gewässern überaus gefährlich. So waren es denn auch Schiffbrüchige, die die Insel entdeckten und besiedelten. 1522 wollte der Spanier Juan Bermudez mit seinem Segler von Spanien nach Kuba fahren. Er hatte Schweine geladen, die damals in Amerika noch eine Seltenheit waren. Aber in den Riffen der Insel, die dann nach ihm Bermuda genannt wurde, fand seine Reise vorzeitig ein Ende. Als nächster erlitt 1593 der Engländer Henry May dort Schiffbruch. Auch der berühmte Seefahrer und Entdecker Sir Walther Raleigh mußte dort schwere Stürme bestehen. Die Inseln hatten damals schon eine traurige Berühmtheit erlangt, man beschrieb sie als wüste, verzauberte Stätten und glaubte, daß sie von Hexen und bösen Geistern bewohnt würden, die an den grauenhaften Gewittern und Stürmen schuld seien. 1609 lief der Engländer Sir George Somers, der mit neun Schiffen nach Virginia segeln wollte, mit seinem Admiralsschiff auf das Bermudariff auf. Auf seine Veranlassung wurden die Inseln später besiedelt und nach ihm erhielten sie ihren zweiten Namen „Somers' Islands“. Über seine Abenteuer berichtete 1610 Silvester Jourdan in der Reisebeschreibung „Entdeckung der Bermudas, sonst Teufelsinseln genannt“, und diese Schrift fiel auch William Shakespeare in die Hände. Sein „Sturm“ knüpft in mancher Hinsicht an Somers' Abenteuer an und erwähnt auch die „stürmischen Bermudas“. Auch die erste Seekarte der Bermudas zeigt die Inseln noch sinnigerweise umgeben von den Masten zahlreicher untergehender Schiffe.

1612 wurde die Hauptinsel von Virginia aus systematisch besiedelt und als ständige Handelsniederlassung die Stadt St. George gegründet. Wenige Jahrzehnte später jedoch war die Insel als Piratenschlupfwinkel erneut zu einem der verrufensten Orte im Atlantik geworden. Viele der alten, schneeweiß gedeckten Häuser von St. George haben noch heute drei Stockwerk tiefe Kellerräume, in denen die Piraten ihre Beute aufstapelten. 1684 wurde die Insel britische Kronkolonie, und das ist sie bis heute geblieben.

Gassen und Häuser des verträumten Städtchens St. George erzählen die Geschichte der Insel. In dem stillen Hafen herrschte zur Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges reges Leben und Treiben. Hier wurden die für die Konföderierten bestimmten Waren von den britischen Schiffen auf die schnellen Blockadebrecher umgeladen. In den engen Gassen drängten sich damals die Matrosen aus den amerikanischen Südstaaten. Sie waren es, die einem Gäßchen den Namen „Barber's Lane“ gaben, nach einem geschickten Friseur, der mit seiner witzigen Zunge und flinken Hand so viele Kunden gewann, daß er sich aus der Sklaverei loskaufen konnte. Eine andere Gasse, die „Schienbein-Allee“ soll schon vor dreihundert Jahren nach den nächtlichen Raufereien betrunkenener Matrosen so benannt worden sein. Die „Printer's Alley“ (Buchdruckergasse) erinnert an Joseph Stockdale, der 1784 auf den Bermudas die erste Zeitung, die „Bermuda Gazette“, herausgab. Auch die ersten in Nordamerika verwendeten Münzen wurden auf Bermuda geprägt. Sie zeigen auf der einen Seite ein Segelschiff und auf der anderen — ein Schwein.

Die Bevölkerung zählt nach der Volkszählung von 1951 37 000 Einwohner, die die 36 Mitglieder ihres seit 1620 bestehenden Parlaments in freier Wahl selbst bestimmen. Auch die Frauen Bermudas sind seit dem Jahre 1944 wahlberechtigt. Dagegen ernennt die britische Krone die sieben Mitglieder des Rats der Exekutive sowie die neun Mitglieder des Rats der Legislative. Die Menschen Bermudas leben jedoch nicht nur klimatisch in einem Paradies: auf den glücklichen Bermudas gibt es auch keine Grund-, keine Einkommen- und keine Erbschaftssteuer. 85% aller Steuern werden vom Fremdenverkehr eingebracht, dem wichtigsten Erwerbszweig der Inseln. Lange Zeit gab es dort übrigens auch keine Autos. Nur zögernd wurde nach dem Krieg von den um ihre Ruhe be-

sorgten Gesetzgebern zuerst den Behörden die Verwendung von Autos gestattet, und erst 1946 erlaubte ein Gesetz dann auch den Gebrauch kleiner Privatautos, die sich nun mit vorgeschriebener Langsamkeit über die schönen, gewundenen Straßen der Garteninsel und durch die Gassen der recht amerikanisch anmutenden Hauptstadt Hamilton (3500 Einwohner) bewegen. Die Einfuhr gebrauchter Autos aber ist noch immer verboten. Auch eine Eisenbahnlinie gab es bis 1947 auf der Hauptinsel; sie war 35 km lang und verband das eine Ende des „Angelhakens“ mit dem andern. Das ist übrigens die größte Entfernung, die man auf den Bermudas überhaupt zurücklegen kann.

Dank ihrer geopolitisch günstigen Lage mitten im Atlantik hatten die Bermudas seit jeher strategisch besondere Bedeutung. Seit langem sind sie schon eine hochwichtige Kohlenstation und der Hauptstützpunkt der britischen Atlantik- und Westindienflotte. Man hat die Inseln oft als das Gibraltar des Atlantik bezeichnet, denn die Engländer haben dort einst mit ungeheurem Kostenaufwand Docks, Arsenale und Befestigungen errichtet. 1940 erhielten auch die Vereinigten Staaten für 99 Jahre das Recht, auf der Insel Flugplätze und Flottenstützpunkte zu bauen. So ist diese Insel zu einem Symbol englisch-amerikanischer Zusammenarbeit geworden. Während des Krieges residierte

in Hamilton als britischer Gouverneur der frühere englische König Eduard VIII., der Herzog von Windsor. Der gegenwärtige Gouverneur, Sir Alexander Hood, wird vor allem von den zahlreichen amerikanischen Touristen sehr bewundert, wenn er bei feierlichen Anlässen in weißer, goldbestickter Uniform und mit wehendem Helmbusch in seiner Karosse durch die Hauptstadt fährt.

Schon 1943 fand auf den Bermudas eine große Internationale Konferenz über das europäische Flüchtlingsproblem statt. Heute — zehn Jahre später — sind die Bermudas wieder in das Rampenlicht der internationalen Politik gerückt.

McGEORGE BUNDY

Wenn alle Wege nach Washington führen

Mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, übernehmen wir aus der Zeitschrift „AUSSENPOLITIK“ (Heft 11/1953) folgenden Aufsatz von McGeorge Bundy, Professor an der Harvard-Universität:

Dies ist keine leichte Zeit für eine Beurteilung der amerikanischen Außenpolitik. Viele der Elemente, die für eine solche Beurteilung am wichtigsten sind, scheinen sich in einem Übergangsstadium zu befinden. Vor allem beginnt die Eisenhower-Administration erst ihre Richtung zu erkennen; der Übergang war sowohl langsamer wie verworrener, als man im vorigen Dezember hoffen durfte. Eine zweite Quelle der Ungewißheit war natürlich der unvorhergesehene Wechsel in der Sowjetunion. Das Regime Stalins besaß eine bestimmte Haltung und eine Stabilität, die es uns erlaubten, mit der Sowjetunion als einem mehr oder weniger gut bekannten, wenn auch nicht beliebten Faktor zu rechnen. Es war für westliche Staatsmänner zu einer Gewohnheit geworden, das häßliche Tier mit einer Note oder eine Rede oder selbst einem Vierertreffen anzustacheln, aber bei diesem Ritus bestand nicht die Hoffnung, zu einer neuen Regelung zu gelangen. Es geschah eher, um sich selbst und seine Mitbürger — und seine hoffnungsfreudigeren Kritiker — davon zu überzeugen, daß der Rote Bär im wesentlichen unverändert geblieben ist. In diesem begrenzten Sinn war die Übung in den letzten Jahren stets erfolgreich. In der Deutschlandfrage zum Beispiel blieb die stalinistische Position stecken, wo sie 1947 angelangt war, und es bedeutete eine dauernde Beruhigung für die Gefolgsleute von Acheson und Adenauer, zu wissen, daß die einzig vernehmbare Alternative eine mürrische Ermahnung war, nach Potsdam zurückzukehren.

Nichts nach Stalins Tod macht es zu einer Gewißheit, daß diese merkwürdige Starrheit seiner letzten Jahre nun verschwinden wird. Aber die Wahrscheinlichkeit bedeutungsvoller taktischer Änderungen ist viel größer, und die Berechenbarkeit des Verhaltens der Sowjets ist geringer. Den Hoffnungsvollen und den von Wunschvorstellungen Erfüllten ist eine Chance gegeben worden, nach etwas Besserem Ausschau zu halten. Im Westen glauben manche, daß die Verwirrung in der sowjetischen

Nachfolgerfrage eine Gelegenheit für einen gewichtigen politischen Erfolg des Westens bieten könnte. Aber vielleicht ist es ebenso wahrscheinlich, daß Stalin durch eben seinen Tod seinem Staat einen letzten Dienst erwies, insofern nämlich als sein Hinscheiden so viele dazu geführt hat, wieder einmal hoffnungsvoll nach Moskau zu blicken. Jedenfalls hat die Periode nach seinem Tode mit der Abschwächung der propagandistischen Beleidigungen ein Gefühl der Ungewißheit außerhalb Rußlands hervorgerufen.

Ein dritter Bezirk der Ungewißheit ist noch immer in Korea zu finden. Wir haben jetzt einen Waffenstillstand, der für viele Europäer vielleicht von nur bescheidener Bedeutung ist. In Europa steht die symbolische Bedeutung Koreas als einer Schlacht, wo gut und mit ziemlich befriedigendem Ausgang gekämpft worden ist, seit längerem fest, und die direkte materielle Belastung durch den Konflikt ist nie groß gewesen. Aber für die Vereinigten Staaten war der Krieg in Korea eine ständige, in wachsendem Maße niederdrückende Anspannung. Ein ehrenvoller Waffenstillstand war das erste Ziel, auf das sich beide Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen des letzten Jahres verpflichtet hatten, und es ist wahrscheinlich, daß ein großer Teil des Sieges von Präsident Eisenhower auf das Gefühl der Öffentlichkeit zurückzuführen ist, er könne eher als Stevenson dieses Ziel erreichen. Nachdem nun aber der Waffenstillstand gekommen ist, weiß man nicht genau, wer durch ihn politischen Nutzen haben wird. Die Politiker bemühen sich herauszufinden, was das Volk denkt — und nichts anderes tut das Volk selbst. Gleichzeitig verlangt der Waffenstillstand, daß wir uns mit einigen unangenehmen Tatsachen des politischen Lebens Asiens auseinandersetzen. Sowohl die Innenpolitik wie die außenpolitische Haltung Amerikas werden durch den Waffenstillstand bedeutsam berührt. Aber es ist einfacher zu versichern, daß nach ihm die Dinge verschieden sein werden, als zu erfassen, welches die Veränderungen sind.

Die Ungewißheit, die kennzeichnend für Washington, Moskau und Korea ist, hat ihr Gegenstück in Westeuropa. Zum Teil ist das Zögern gewiß eine Reaktion auf Ereignisse anderwärts. Aber in einer tieferen Schicht, so vermute ich, beruht die gegenwärtige Stimmung auf eigenem

Antrieb, und Ereignisse in Washington oder Moskau dienen nur dazu, eine andauernde Unentschlossenheit bloßzulegen und vielleicht zu intensivieren. So gibt es gute Gründe für den Beobachter der auswärtigen Ereignisse, eine wachsam abwartende Haltung einzunehmen. Und dies um so mehr, wenn es sich um einen Amerikaner handelt, der für europäische Leser schreibt, da es in einer Zeit wie dieser gleichzeitig schwieriger und notwendiger ist, die zwei unentschuldlichen Sünden in einem internationalen Gespräch zu vermeiden: die eigene schmutzige Wäsche öffentlich zu waschen und sich in die Angelegenheiten anderer Leute einzumischen. Wir haben offensichtlich keinen Anlaß, in eine direkte Erörterung etwa über Senator McCarthy oder die Lage nach den deutschen Wahlen einzutreten.

Aber gerade die Tatsache, daß so viel Ungewißheit und Zögern an so vielen Orten besteht, läßt es nützlich erscheinen, die wirklichen Fragen der amerikanischen Außenpolitik zu erörtern, wenn man sie aufspüren kann. Gibt es eine Perspektive, in der man gegenwärtige unpassende Debatten ebenso vermeiden kann, wie törichte Vorwegnahmen dessen, was man von Eisenhower oder Malenkov oder Rhee oder Adenauer heute doch noch nicht wissen kann?

*

Für das nichtsovietische Europa und für die Vereinigten Staaten bestehen drei große Realitäten in der Weltpolitik, von denen keine ohne die schwerste Gefahr außer acht gelassen werden darf: erstens, daß die Sowjetunion immer mächtiger wird und der Freiheit überall in der Welt aktiv feindselig gegenübersteht; zweitens, daß ein dritter Weltkrieg eine Katastrophe sein würde; drittens, daß keine von den Nationen der nichtsovietischen Welt die Macht oder die Stellung hat, allein bleiben zu können; sie alle haben Freunde nötig.

Ich halte mich nicht damit auf, zu begründen, warum diese drei Behauptungen Realitäten sind. Ist es nicht klar, daß die Verneinung einer von ihnen genügt, um alles, was im Westen während der letzten Jahre nicht nur durch die Regierungen, sondern auch durch die verantwortungsvolleren Oppositionsparteien gedacht und getan worden ist, unsinnig erscheinen zu lassen? Es hat Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Grades und der Richtung der sowjetischen Feindschaft und hinsichtlich des Preises, der für Bündnisse gezahlt werden muß, gegeben. Es bestanden sogar Meinungsverschiedenheiten darüber, ob es weise sei, zu sagen und zu denken, daß es keinen Krieg geben dürfe. Man kann diejenigen, die gegenwärtig gefangengehalten werden, verstehen (auch ohne ihnen beizupflichten), wenn sie das Gefühl haben, die Lage sei bereits so unerträglich geworden, daß selbst die Katastrophe ein gerechter Preis für Befreiung wäre. Aber diese Meinungsverschiedenheiten betreffen doch nicht die drei grundlegenden Feststellungen. Auf ihrer zwingenden Realität beruht die Politik des Kalten Krieges.

In größerem oder geringerem Maße wird eine oder mehrere dieser Realitäten innerhalb der nichtsovietischen Welt als unerfreulich empfunden, und daher ist die öffentliche Meinung gegen sie. Während diejenigen, die keine andere Hilfe für ihr Volk sehen als gewaltsame Befreiung, die Tendenz zeigen, an dem verhängnisvollen Charakter eines allgemeinen Krieges zu zweifeln, finden es andere unbefriedigend, die Sowjetunion als das zu nehmen, als was ihre Worte und Taten sie bisher gezeigt haben. Und natürlich gibt es in allen Ländern eine Erbschaft des Nationalstolzes, die es selbstverständlich erscheinen läßt, daß man versichert, man brauche Alliierte nur zu den eigenen Bedingungen. Ein gemeinsames Kennzeichen der Opposition in allen freien Ländern ist ihre Neigung, die Regierungspartei der Unterwürfigkeit gegenüber Mächten, mit denen man verbündet ist, zu bezichtigen.

Jede der Nationen der freien Welt reagiert verschieden auf die drei Realitäten. Die jeweilige Position wechselt ebenso wie das psychologische Verhalten. Die Italiener denken nicht wie Norweger, und die strategische Position Westdeutschlands ist nicht diejenige Portugals. Was an der gegenwärtigen Diskussion auffällt, ist das merkwürdige Zusammentreffen eines schweren realen Druckes und tiefen psychologischen Widerstrebens im Fall der Vereinigten Staaten.

So wichtig auch die Realitäten der gegenwärtigen Weltpolitik für andere sind, für die Amerikaner haben sie noch eine besondere Dringlichkeit. Die Sowjetunion ist allgemein feindselig gegenüber dem Westen, aber sie ist dies ganz ausgesprochen gegenüber den Vereinigten Staaten — in einem solchen Ausmaß, daß selbst die amerikanische Kommunistische Partei den wirklichen Feind von „Frieden und Volksdemokratie“ nur in Wall Street und dem Pentagon findet. Die Drohung eines allgemeinen Krieges hat auch für die Amerikaner eine ganz besondere Unmittelbarkeit; die gewöhnliche Annahme, daß die Europäer diese Gefahr stärker empfinden, nur weil sie näher an Rußland sind, ist überholt, nachdem man nun annehmen muß, daß sowjetische Atomwaffen in wesentlicher Zahl vorhanden sind. Es ist jetzt fast sicher, daß ein allgemeiner Krieg einen großen Atomangriff auf die Vereinigten Staaten als dem großen antisowjetischen Machtzentrum zu seinen ersten Ereignissen zählen würde. Mit der Zeit wird diese neue amerikanische Verwundbarkeit nur noch stärker werden, jedenfalls solange es nur zwei wesentliche Atommächte gibt. Die nüchterne Erkenntnis dieser neuen Position verbreitete sich langsam aber stetig in den höheren Ebenen der amerikanischen Regierung und öffentlichen Meinung auch schon vor der aufrüttelnden Wasserstoffbomben-Explosion in der Sowjetunion.

Die Notwendigkeit, Verbündete zu haben, nimmt für die Amerikaner eine spezifische Bedeutung an, denn mehr als irgendeine andere nichtsovietische Nation verfügen die Vereinigten Staaten über eine Reserve wirtschaftlicher und sozialer Stärke, die eine Auswahl zuläßt und damit die Führung verbürgt. Es ist offensichtlich, daß die Art und Weise des Bündnisses in erster Linie auf den Entscheidungen der Vereinigten Staaten beruht. Von den Amerikanern wird nicht nur erwartet, der Koalition beizutreten, sondern ihr Vorgehen und ihre Haltung zu bestimmen. Der Grad, in dem dies bereits der Fall ist, mag an dem Ausmaß ermessen werden, in dem eine Infektion, wie die durch Senator McCarthy symbolisierte, nicht mehr lokalisiert werden kann, wenn sie amerikanischen Ursprungs ist. Senator McCarthys Aktivitäten haben die ganze Atlantische Gemeinschaft in Fieber versetzt — psychosomatisch, versteht sich.

So laufen die einzelnen Versuche, Druck auszuüben, in dem gemeinsamen Brennpunkt der Vereinigten Staaten zusammen, und es ergibt sich auf diese Weise, daß ihre gegensätzlichen und oft sogar sich ausschließenden Ansprüche für Washington eine außerordentliche Geduldprobe darstellen. An die Adresse Washingtons richten sich die Einflußnahmen und Kritiken sowohl derjenigen, die Befreiung selbst zum Preis eines Krieges, und derjenigen, die Frieden selbst zum Preis der Freiheit suchen. In Washington muß das alles entscheidende Abwägen zwischen abschreckender defensiver Stärke und herausfordernder Aufrüstung erfolgen. Washington muß die Wahl zwischen streitenden Gruppen von Freunden treffen, zwischen Juden und Arabern, zwischen europäischer Diplomatie und Formosa, zwischen Frankreich in Afrika und der Welt des Islam. Aber der Ort der Entscheidung verändert sich nicht, selbst wenn die einzige Entscheidung ist, nichts zu entscheiden. Dies wird dadurch bewiesen, daß, wenn andere davon sprechen, eine unabhängige Politik zu verfolgen, sie in Wirklichkeit eine Politik meinen, welche mehr Einfluß auf die Vereinigten Staaten haben wird.

Also: Alle Wege führen nach Washington. Dies ist Ärger genug, aber Schlimmeres ist in Sicht. Washington wurde nicht erbaut, um ein neues Rom zu sein, sondern eher als ein Symbol des freiwilligen Zusammenschlusses und der Unabhängigkeit. Nichts ist für das amerikanische Volk weniger natürlich, als daß seine Hauptstadt nun mit Notwendigkeit zur Quelle der Entscheidung und Aktion für eine zentralistische Macht in einer abhängigen Welt wird. Und doch gibt es kein Entrinnen. Wenn man die überlieferten amerikanischen Verhaltensweisen der dreifachen Realität, die wir betrachtet haben, gegenüberstellt, wird die Situation noch schmerzhafter. Die Sowjetunion ist feindselig, und doch sind wir an Feindseligkeit als eines dauernden Merkmals in unseren internationalen Beziehungen nicht gewöhnt. Es darf keinen allgemeinen Krieg geben, und doch ist die Vorstellung, daß es angesichts echter Feindseligkeit keinen Ersatz für Sieg gibt, tief in unserer Geschichte verwurzelt, und noch tiefer in unserem Bild dieser

Geschichte. „Go it alone“ ist nicht mehr möglich, und doch haben wir immer so gehandelt außer in kurzen Notzeiten.

Nichts erweist besser unser Unglücklichsein in dieser neuen Welt als die nationale Reaktion — oder das Ausbleiben einer Reaktion — auf den Waffenstillstand in Korea. Der Krieg ist zu Ende, aber der Feind ist noch immer unbesiegt. Der Krieg war begrenzt; wir gebrauchten nicht alle unsere Macht (und wir neigen dazu zu vergessen, daß auch der Feind seinen Einsatz begrenzte). Der Krieg wurde von Alliierten geführt, und dies war ein Glück für uns, denn so kann nie vergessen werden, daß unsere Sache diejenige der Vereinten Nationen war. Aber in dieser merkwürdigen Sonderart eines Koalitionskrieges erhielten wir mehr Ratschläge als Hilfe — so jedenfalls erscheint es vielen. Und wie ich schon angedeutet habe, wirft der Waffenstillstand mindestens so viele Probleme auf, als er regelt. Wir konnten es wahrscheinlich nicht viel besser machen, aber wirklich glücklich sind wir nicht über das Ergebnis.

Seit 1945 ist der Kurs der amerikanischen Außenpolitik durch Männer bestimmt worden, die dem Zwang folgten, mit den Realitäten der Weltpolitik umzugehen. Für beide, Truman und Eisenhower — und ihre Außen- und Verteidigungsministerien — ist eine grundlegend realistische Ansicht von der Welt kennzeichnend. Sie haben verstanden, daß eine verantwortliche und energische Aktion nötig ist, um die Sowjetunion zurückzuhalten, um anderen freien Völkern zu helfen, und die Gefahr eines dritten Weltkrieges abzuwehren. Wenn auch nicht beansprucht werden kann, daß ihre Handlungen ohne Irrtum waren, so kann doch die Bilanz jeden Amerikaner, der sich an die Position, die Meinungen und die politische Ahnungslosigkeit der Vereinigten Staaten 1938, vor nur fünfzehn Jahren, erinnert, mit Stolz erfüllen.

Die Entscheidung, der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen, die im wesentlichen ebenso von der Nation wie von den Präsidenten und ihren Ratgebern getroffen wurde, hat aber nicht die altmodischen und tief verwurzelten Haltungen des amerikanischen Volkes zerstören können. Deshalb haben wir uns stets gesagt — während wir die nötigen oder für notwendig gehaltenen Dinge in der Weltpolitik taten — daß diese besonderen Anstrengungen ihrem Charakter nach vorübergehend seien: so etwa daß, wenn wir diese oder jene Krise oder nur noch eine mehr bewältigt haben würden, die sowjetische Drohung zusammenbrechen oder zurückweichen würde; oder daß unsere Alliierten stark genug sein würden, für sich selbst aufzukommen, oder etwas derartiges. Es ist zwar wahr, daß unsere Führer und Sprecher gewöhnlich tapfere Worte über „eine Zeit der Anspannung“ und eine „lange Krise der Freiheit“ gebrauchten — aber die amerikanische Hoffnung ist doch unverändert geblieben. Jetzt wie früher ist das eigentliche Ziel des Lebens in den Vereinigten Staaten die Erfüllung des persönlichen Glücks, der Person und der Familie, und nicht der Staat, selbst nicht die Gemeinschaft. Um dieses Zieles willen kamen Amerikaner, oder ihre Vorfahren, nach Amerika, nicht aber in der Absicht, eine Großmacht in einem langen kalten Krieg zu werden. Und deshalb denken so viele, daß es irgendwie unnatürlich ist, auf einem so schweren Wege weiter zu gehen, wie wir ihn beschritten haben, auf dem durch Besteuerung, Militärdienst und vor allem durch eine nicht endenwollende Angst unser privates Leben ständig beschränkt wird.

So hat unvermeidlicherweise die Antwort auf die Realität Belastungen gebracht. Diese Antwort ist oft durch traditionelle Gefühle beeinträchtigt worden. Erwartungen, die auf bloße Hoffnungen und Neigungen gegründet waren, wurden oft enttäuscht. Der ganze Prozeß der Anpassung an die Welt, wie sie jetzt ist, hat sich sowohl schmerzhaft wie unvollständig vollzogen. Wenn wir das Gewicht der Belastungen in Rechnung stellen, kann uns dies nicht überraschen. Die Bilanz zeigt doch ein stolzes Endergebnis, und Europäer, die die Vereinigten Staaten kennen, werden nicht voreilig aus der einen oder andern Episode schließen, daß ganz Amerika Amok läuft. Zwei jugendliche gumshoes¹⁾, berauscht von flüchtiger Macht (und nun bereits diskreditiert), sind

noch nicht dasselbe wie ein Polizeistaat. Vorübergehende Einschüchterung im Beamtentum bedeutet noch keine allgemeine Kapitulation. Einige Boshafte sind noch nicht die ganze Nation.

Doch real ist der Antrieb durch überlieferte Hoffnungen. Im Jahre 1952, während der Präsidentenwahl, ist ihre Bedeutung wahrscheinlich noch gestiegen. Manche Teile des Programms von General Eisenhower appellierten ganz eindeutig an Hoffnungen, die erst verwirklicht werden könnten, wenn die Welt außerhalb Amerikas sich sehr verändern würde. Obwohl diese Appelle keine Versprechungen einkleideten, waren die Wahlen doch sicherlich Ausdruck einer nationalen Hoffnung auf größeren Seelenfrieden bei geringerer Anstrengung. Da die neue Administration diese wiederbelebten Hoffnungen zum erstenmal verantwortlich mit der Weltpolitik konfrontierte, wurde sie zum Symbol der amerikanischen Haltung gegenüber der Welt. Was würde geschehen, wenn die tapfere Hoffnung auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt mit den Tatsachen des militärischen Lebens in Widerspruch geriete? Oder wenn der Glaube an die Entfesselung von Chiang Kai-shek mit der Realität seiner geringen Stärke zusammenstieße? Oder wenn die Angriffe auf „Bürokratie“ und „Subversion“ sich nicht mit der Tatsache vertrügen, daß Männer von Erfahrung und Geschick fast nirgends sonst zu finden sind als in den Reihen derjenigen, die irgendwann und irgendwie unter Demokratischen Präsidenten gedient haben — wie Eisenhower und Dulles selbst?

Die Dinge, die inzwischen eingetreten sind, wurden, wie ich glaube, infolge der wunderbaren Vielfältigkeit des politischen Lebens in ihrer genauen Struktur von niemand vorausgesehen. Daß der Präsident weder „stark“ noch „schwach“ sein würde, sondern sowohl elastisch wie überzeugend; daß McCarthy seine Macht nicht verlieren, aber sich zum Teil durch ihren Übergebrauch diskreditieren werde; daß Chiang „entfesselt“ und am Start stehen bleiben würde; daß Eisenhower und Dulles die von Truman und Acheson geschickt begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zu Ende führen würden; daß ein scharfes Absinken des amerikanischen Prestiges in Europa eintreten werde, in eben jenem Teil der Welt, wo Eisenhowers Name am meisten bedeutet hatte; daß Senator Taft bis zu seinem vorzeitigen Tode sich als ein großer Aktivposten für die Regierung erweisen werde; und daß die Politik der „Befreiung“ durch genau das gleiche Komitee für Psychologische Kriegführung beerdigt werden sollte, das zu ihrer Durchführung ernannt worden war; diese Kombination von Ergebnissen — unentschieden in ihrer Bedeutung und in die Ungewißheit mündend —, ist die Folge des noch offenen Wettkampfes zwischen dem, was ist und dem, was wir gerne haben möchten. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß dieser Wettkampf bald beendet sein wird.

Und doch ist in vergangenen Jahren manchmal die Spannung zwischen dem Wünschenswerten und dem Notwendigen durch eine Politik überwunden worden, die gleichzeitig die Erfüllung eines nationalen Wunsches und der besonderen Notwendigkeiten der internationalen Lage erlaubte. Eine solche Politik war der Marshallplan und im allgemeinen auch der Nordatlantikpakt, obwohl spätere Maßnahmen unter diesem Pakt in wachsendem Maße krampfhaft und schwunglos geworden sind, zum Teil, weil sich die Zielsetzungen und Techniken der NATO immer verworrener entwickelt haben, mehr als nötig und vernünftig ist. Die erste Reaktion in Korea, im Juni 1950, geschah in jener Stimmung der Rechtmäßigkeit, nicht weil der Krieg als solcher gut sein kann, sondern weil Widerstand gegen die Aggression das erste Prinzip eines geordneten Friedens ist, und für die meisten Amerikaner ihre Fähigkeit, diese Wahrheit rasch zu erkennen und daraufhin zu handeln, herbstärkend — und einigermaßen überraschend — war.

Und schließlich sind die Vereinten Nationen trotz aller Enttäuschungen und obwohl sie eine kleine Gruppe ärgerlicher Feinde besitzen, etwas geworden, was wir schätzen und brauchen. Zuerst erwarteten wir zu viel von der UNO; der natürliche Rückschlag hat Diplomaten und Staatsbürger manchmal übertrieben düster gestimmt. Der Koreakrieg brachte die öffentliche Meinung Amerikas oft in Gegensatz zu den in der UNO herrschenden Gefühlen und dies mag sich in der Frage des chinesischen Sitzes noch verschärfen. Und doch kann man noch immer

¹⁾ So nannte ein großer Teil der amerikanischen Öffentlichkeit jene beiden Abgesandten McCarthys, die die amerikanischen Bibliotheken in Europa inspizierten. (D. U.)

sagen, daß die Vereinigten Staaten mehr als irgendeine andere Großmacht die Zukunft der Vereinten Nationen als ein echtes Anliegen empfinden.

Die zentrale Frage der gegenwärtigen amerikanischen Politik ist es, ob Programme aufgestellt werden können, die es vermögen, innere Spannungen zu überwinden und die Nation zu einigen, und dies nicht nur in einem widerwilligen Akzeptieren des Unvermeidlichen, sondern in dem Gefühl, daß die Bewältigung wirklicher Probleme auch die Erfüllung eigener Aspirationen bedeuten kann. Theoretisch ausgedrückt besteht das Problem darin, die gegensätzlichen Forderungen des wilsonischen Idealismus und des machtpolitischen „Realismus“ im Handeln zu versöhnen. Die Debatte über diese Fragen hat seit einiger Zeit einen erstaunlich großen Raum in den gelehrten Zeitschriften Amerikas eingenommen. Theoretisch hat sich der Meinungsstreit als trivial erwiesen, aber psychologisch und politisch handelt es sich um ein echtes, wichtiges Problem, denn eine angemessene Politik sollte beiden Erfordernissen entsprechen. Die zentrale Frage stellen heißt noch nicht, sie zu beantworten; dies geht über den Rahmen dieser Erörterung hinaus. Zum Abschluß mag es aber erlaubt sein, einige wenige Bemerkungen über eine mögliche amerikanische Politik in der Frage der Zukunft Deutschlands zu machen. Hier greifen die Tatsache der sowjetischen Feindschaft, die Notwendigkeit, den allgemeinen Krieg zu verhindern, und die Verbundenheit der Interessen vieler freier Völker ineinander. Sicherlich kann es keine amerikanische Politik für Deutschland geben, die nicht eine Politik zugleich für Frankreich, für England und für Europa ist. Es ist meine persönliche Ansicht, daß sich jeder, — in den Vereinigten Staaten oder in Deutschland — täuscht, der glaubt, daß es eine besondere und unabhängige deutsch-amerikanische Verbindung geben kann und soll. Deutsch-amerikanische Beziehungen haben in den Tagen sowohl McCloy's wie Conant's hohen Rang, aber die Bedingung dieses Erfolges ist eine gemeinsame Loyalität gegenüber den größeren Interessen der Freiheit des Westens.

Das Hauptziel der amerikanischen Politik ist es gegenwärtig, zu klären, welche Bedeutung die weniger kriegsgeräuschten Geräusche haben, die von Moskau ausgehen. Es ist dies keine leichte Aufgabe, aber sie ist nicht undurchführbar. Sie stellt die Voraussetzung für die Erneuerung einer energischen Aktion zum Ausbau des freien Europas dar. Denn wenn die Sowjetunion sich wirklich geändert hat, oder in einer Konferenz bewogen werden kann, sich zu ändern, dann müssen wir entsprechend handeln. Und wenn dies nicht der Fall ist (wie ich persönlich glaube), können diejenigen, die Hoffnungen nähren, nur durch eine ehrliche Bemühung des Westens dazu veranlaßt werden, sie beiseite zu lassen. Diese Bemühung widerspricht in keiner Weise der grundlegenden Verpflichtung zur Stärkung Europas. Diese verlangt im Gegenteil, daß wir erst unsere Bereitschaft beweisen, den Sowjets „auf halbem Wege entgegenzukommen“. In Deutschland selbst sollten wir keine Mühe scheuen, um klarzumachen, daß die amerikanische Politik, wie Mr. Dulles so deutlich gesagt hat, sich kraftvoll zugunsten eines freien vereinten Deutschlands einsetzt. Die Gefahren und Schwierigkeiten, die zweifellos Teil einer solchen Politik sind, werden fast nebensächlich, wenn man sie mit der triumphalen Bedeutung vergleicht, die die Erlösung Ostdeutsch-

lands aus der Gefangenschaft für die Welt haben würde. Jedoch eben diese Tatsache muß die Wahrscheinlichkeit einschränken, daß diejenigen, die dieses Land verklagt haben, es leicht aufgeben würden. Niemand im Westen kann die Zukunft ganz Deutschlands für die zeitweilige Freiheit eines Teiles verkaufen. Wird Moskau aber mit weniger zufrieden sein?

Inzwischen gibt es noch die EVG, offiziell so dringlich, aber in Wirklichkeit so lange verzögert, daß es schwierig scheint, zu glauben, daß diese besondere Form eines militärischen Tauschgeschäftes der Eckstein der Politik gegenüber Europa sein soll. Andererseits verrät es geringen Wirklichkeitssinn, mit nationalistischer Opposition gegen die EVG irgendetwas Wichtiges gewinnen zu wollen. Wenn die gegenwärtige Periode der Ungewißheit beendet ist, wird die Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion weiterbestehen. Vielleicht ist es für die Amerikaner am besten, für eine Weile den Zwang der Umstände an die Stelle amerikanischer Ermahnungen treten zu lassen. Die überwältigende Kraft des ursprünglichen Marshallplanes beruhte zum großen Teil darauf, daß er eine Erwiderung auf wirkliche europäische Nöte war. Die ursprüngliche Initiative war in der Tat nichts anderes als ein öffentlicher Aufruf General Marshalls für einen koordinierten europäischen Vorschlag. Seit 1947 scheint die europäische Mitarbeit besonders in Angelegenheiten der Verteidigung in wachsendem Maße eine Erwiderung auf amerikanischen Druck zu sein. Diese Verlagerung hat eine unnatürliche Situation heraufgeführt, in der der Europäer sich fragt, ob er noch über sein Tun selbst bestimmt, während sich der Amerikaner immer mehr in der absurden Position fühlt, andere Leute zu bezahlen, damit diese sich fast gegen ihren eigenen Willen verteidigen. Ohne den Wert und die Zielsetzung der EVG zu mindern, kann man sagen, daß es in der gegenwärtigen Phase weiser sein mag, europäische Realitäten an die Stelle amerikanischer Ermahnungen zu setzen.

*

Es ist denkbar, daß die Gefahren, die ich vorgetragen habe, sich nicht sehr von der Konzeption der Eisenhower-Regierung unterscheiden, aber es ist auch klar, daß die amerikanische Diplomatie im Hinblick auf Europa noch nicht den Sinn für Initiative zurückgewonnen hat, den sie zwischen 1947 und 1950 besaß. Zu den Schwierigkeiten, denen sich die gegenwärtige amerikanische Deutschlandpolitik gegenüberstellt, gesellen sich andere — die Probleme des Fernen Ostens, der Ausgleich der militärischen Anstrengungen und die Außenhandelspolitik stehen im Vordergrund. Diese Schwierigkeiten sind nicht überraschend, wenn man sie in dem großen Zusammenhang der amerikanischen Verantwortlichkeiten und Enttäuschungen und der vielfältigen Ungewißheit dieser Zeit sieht. Und doch kann auch eine verständnisvolle Anerkennung von Schwierigkeiten nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Politik Amerikas in dieser Generation sehr strengen Maßstäben unterworfen ist. In der Verteidigung der Freiheit gibt es keinen guten Ersatz für ein verantwortliches und großmütiges Führertum Amerikas. Es würde falsch sein anzunehmen, daß die Nation oder die gegenwärtige Regierung diese Anschauung bestritten hat, aber es muß zugegeben werden, daß wir noch keine klare Vorstellung von dem künftigen Kurs haben, den der Präsident und seine Ratgeber im Begriff sind, zu entwickeln.